

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 4. Juli 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Kundgebung gegen die Notverordnung

Zu einer bedeutungsvollen Kundgebung gegen die Notverordnung gestaltete sich die Konferenz des Vorstandes und der Bezirksleiter unseres Verbandes am 24. Juni 1931 im Berliner Gewerkschaftshaus. Die Kollegen Schumann und Orlopp gaben ein eindringliches Bild von den Gefahren und katastrophalen Auswirkungen, die in der Notverordnung für unsere Mitglieder enthalten sind. — Nach ausgiebiger Diskussion, in der die Bezirksleiter die Stimmung der Mitgliedschaft in den einzelnen Wirtschaftsbezirken wiedergaben, wurden einstimmig zwei Entschlüsse angenommen:

Die am 24. Juni 1931 versammelten Bezirksleiter des G.-D. sehen in der Notverordnung einen schweren Angriff auf die Lebenshaltung aller Schichten des arbeitenden Volkes. In noch nie dagewesenem Ausmaß werden soziale Ungerechtigkeiten gehäuft, die durch das angestrebte Ziel einer Sicherung von Wirtschaft und öffentlichen Finanzen in keiner Weise bedingt sind.

Zu der Häufung dieser sozialen Ungerechtigkeiten und Härten auf dem Gebiete der Sozialversicherung kommt eine untragbare Sonderbelastung der bei Reich, Ländern und Gemeinden beschäftigten Arbeitnehmer. Die §§ 6, 7 und 8 im Zweiten Teil, Kapitel 1, bedeuten einen

unerhörten Eingriff in das Tarifrecht der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen.

Es wird zunächst eine Senkung der Löhne für die Arbeiter im Reichsdienst einschließlich der Reichspost zwingend vorgeschrieben. Außerdem wird den Reichsarbeitern, denen bereits bei dem letzten Lohnabbau der Frauenzuschlag genommen wurde, nunmehr auch das Kindergeld für das erste Kind gestrichen. Nach § 6 beträgt die Lohnkürzung einschließlich Kindergeld 4 bis 7 Pf. pro Stunde.

Diese für die Reichsarbeiter geltenden Bestimmungen müssen auch von Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden durchgeführt werden. Bedeutet schon dieser Angriff gegen die tariflich festgelegten Löhne eine außerordentlich harte Belastung, so sind die weiterhin vorgesehenen Maßnahmen für die Arbeitnehmer der Gemeinden völlig untragbar. Nach § 7, Ziffer 4, Kapitel 1, des zweiten Teiles sind die Länder und Gemeinden verpflichtet, spätestens mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 ab, die Bezüge ihrer Angestellten und die Stundenlöhne ihrer Arbeiter herabzusetzen, soweit sie die Bezüge gleich zu bewertender Arbeitnehmer im Reichsdienst übersteigen.

Dieser Lohnabbau wird sich besonders bei den Gemeindearbeitern katastrophal auswirken.

Kommt die Notverordnung in ihrer jetzigen Fassung voll zur Anwendung, so verringert sich z. B. in Berlin der Lohn des Gemeindearbeiters (Handwerkers) bis zu 30 Prozent.

Zu diesem unmittelbaren Abbau kommt die Ermächtigung der Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichsrats die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden zu senken. Dem direkten Lohnraub soll also eine weitere Einkommensverminderung durch Arbeitszeitverkürzung ohne Gewährung eines Lohnausgleichs folgen.

Den Pensionären, Ruhegehaltsempfängern und ihren Hinterbliebenen sollen die Renten gekürzt werden, trotzdem eine Senkung der Renten durch Kürzung der Löhne bereits erfolgt ist. — Die Notverordnung bedeutet daher in ihrer jetzigen Fassung einen

Angriff auf den gesamten Lebensstandard und die tariflichen Rechte aller Arbeitnehmer.

Was heute mit den Arbeitnehmern öffentlicher Betriebe geschieht, wird sich auch auf die in der Privatwirtschaft Beschäftigten auswirken.

Die versammelten Funktionäre des Gesamt-Verbandes verlangen deshalb: Aufhebung aller Bestimmungen der Notverordnung, die das Tarifrecht einschränken; Einführung der 40-Stunden-Woche mit Gewährung von Lohnausgleich und Einstellungszwang von Erwerbslosen. Die Konferenz unterstützt ferner die Forderungen des ADGB.: Baldige Durchführung der Reichsreform, Freigabe langfristiger Kredite für die öffentliche Wirtschaft, Abbau der Stölle, Abkehr von der Subventionspolitik, Ausbau der Erbschaftsteuer, Schaffung von Reichshandelsmonopolen, Kontrolle der Kartelle und Monopole, Förderung des Genossenschafts- und Siedlungswesens. Weiter verlangt die Konferenz: die Herabsetzung der hohen Pensionen an frühere Beamte und Offiziere, ferner die Ausschaltung von Pensionären mit ausreichendem Einkommen aus dem Erwerbsleben.

Der Kampf gegen die unsozialen Bestimmungen der Notverordnung sowie gegen die Sonderbelastungen der öffentlichen Arbeitnehmerschaft ist durch den Gesamt-Verband ausgenommen. Aufgabe aller Funktionäre muß es sein, in diesem Kampf für einheitliches und geschlossenes Handeln einzutreten. Der Gesamt-Verband wird alle gewerkschaftlichen Mittel anwenden, um die drohende Verschlechterung der Lebenslage seiner Mitglieder abzuwehren.

* * *

Die Konferenz wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die in der Notverordnung angeordnete erneute Kürzung der Gehälter der Beamten und Angestellten. Entgegen unserer Forderung, die Beamten und Angestellten nur im Rahmen der allgemeinen Lastenverteilung und entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen, wird in rücksichtsloser Weise unter Außerachtlassung dieses Grundsatzes eine gestaffelte Gehaltskürzung vorgenommen, durch die die unteren und mittleren Gruppen in unerträglicher Weise belastet werden.

Der Fortfall einer Freigrenze

bei der jetzigen Gehaltskürzung läßt ebenfalls jede soziale Rücksichtnahme vermissen. Während bei der Reichshilfe ab 1. September 1930 noch eine Freigrenze von 2000 Mk. und bei der Gehaltskürzung ab 1. Februar d. J. noch eine solche von 1500 Mk. vorhanden war, wird nunmehr auch das geringste Einkommen, u. a. das der Diätäre und die Aufwandsentschädigung für die im Vorbereitungsdienst befindlichen Anwärter, im gleichen Prozentsatz gekürzt. Die

Verminderung der Bezüge der Wartestandsbeamten, Pensionäre, Witwen und Waisen der unteren und mittleren Beamtengruppen ist als untragbar

zu bezeichnen.

Hinzu kommt weiter, daß durch die Verringerung des Kinderzuschlags um 10 Mk. für das erste Kind die unteren und mittleren Beamten, gemessen an der Höhe ihres Einkommens und der Zahl der vorhandenen Kinder, am härtesten betroffen werden. Die Vergrößerung der Abzüge in den Ortsklassen B und D verstärkt noch die Ungerechtigkeit, die schon

allgemein durch die Gehaltskürzung entsteht. Die in der Notverordnung vorgehene zwangsweise Angleichung der Gemeinden- und Länderbesoldungsordnungen an die Reichsregelung muß zu weiteren Härten und Unbilligkeiten führen.

Unsere Forderung, im Rahmen der allgemeinen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine

Verkürzung der übermäßig langen Dienstzeiten

der Beamten vorzunehmen, ist unbeachtet geblieben, trotzdem für die übrigen öffentlichen Arbeitnehmer seit längerer Zeit Arbeitszeiterkürzungen vorgenommen sind und die Notverordnung weitere Verkürzungen vorsieht.

Die Konferenz stellt fest, daß bei den öffentlichen Beamten und Angestellten in allen Teilen des Reichs eine Erregung Platz gegriffen hat, die von Seiten der Reichsregierung die größte Beachtung verdient. Sie macht weiter darauf aufmerksam, daß durch die fortgesetzten Eingriffe in die Grundrechte und die soziale Stellung der Beamten und der öffentlichen Angestellten das Gefühl für die Rechtssicherheit auf das schwerste erschüttert ist.

Sie beauftragt das Beamtensekretariat des Gesamt-Verbandes gemeinsam mit dem ADB, bei den kommenden Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung entsprechend den bisher gefaßten Beschlüssen und den Eingaben des ADB, an den Reichstag für eine Beseitigung dieser unerträglichen Härten alle Kraft einzusetzen.

Die Konferenz richtet an die Beamtenschaft den dringenden Appell, die Organisation zu stärken, damit die eingeleiteten Abwehrmaßnahmen mit Erfolg durchgeführt werden können.

Konferenz-Bericht

Bei der großen Bedeutung einer einheitlichen Abwehr gegen die Notverordnung

ist es unbedingt erforderlich, daß alle Kollegen sich gründlich informieren über die gefährlichen Anschläge gegen die Lebenshaltung der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe. Es geht um Kopf und Kragen! Und was heute für die Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe gilt, kommt morgen für die Privatbetriebe. Wir geben deshalb nachstehend einen ausführlichen Bericht über die Konferenz und erwarten, daß die Einmütigkeit und Geschlossenheit, wie sie bei dieser Tagung zum Ausdruck kam, sich auch auf die gesamte Mitgliedschaft erstreckt. Mehr denn je gilt es jetzt: Zusammenstehen in der Organisation! Jeder Kollege sollte daher diesen Bericht aufmerksam lesen und ihn weitergeben an alle, die der Organisation noch fernstehen.

Schumann: Der Grund zu dieser Konferenz ist zu suchen in dem Erlaß der Notverordnung. Es ist dadurch eine Situation entstanden, die man vom gewerkschaftlichen Standpunkt als geradezu katastrophal bezeichnen muß. Trotz aller Verhandlungen mit der Reichsregierung von Seiten der Fraktion sowie des ADB, ist bislang nichts an der Notverordnung geändert worden. Unser Verbandsvorstand hat alles getan, was notwendig und möglich war, um die Bestimmungen der Notverordnung nach Möglichkeit zu ändern. Ueber die Einzelheiten des schweren Anschlags gegen die Mitgliedschaft im GD, wird Kollege Orlopp berichten.

Orlopp: Nachfolgend sollen aus der Notverordnung nur die Dinge gebracht werden, die sich auf die Arbeitnehmererschaft der öffentlichen Betriebe besonders beziehen. Man muß sich aber in Erinnerung bringen, daß die Notverordnung eine Fortsetzung des planmäßigen Feldzuges gegen die öffentliche Wirtschaft ist. Eingeleitet durch das Reichsbankgesetz, verweigerte die Reichsbank der öffentlichen Wirtschaft Auslandskredite, als diese noch reichlich und billig zu haben waren. Durch die vorliegende Notverordnung im Dezember 1930 erfolgte dann die Beschnidung der Gemeindegeldnahmen im Etat, daß heißt, Sperrung der großen Steuern für die Gemeinden und endlich als logische Folge die jetzige Notverordnung zur Einschränkung der Ausgaben als wohl überlegte Handlung gegen die öffentliche Wirtschaft. Mit Herabsetzung der Löhne und Gehälter sowie der Erwerbslosenunterstützung sollen die Gemeindefinanzen „saniert“ werden. Die unerträgliche Kürzung der Erwerbslosenunterstützung wird sich auf die gesamte städtische Wohlfahrt unheilvoll auswirken.

Für unsere Organisation aber liegt ein Eingriff in das Tarifrecht vor, wie wir ihn in Deutschland noch nicht erlebt haben. Insbesondere die §§ 5 bis 8 enthalten so schwere Eingriffe, daß wir diese als Organisation überhaupt nicht tragen können.

Der Redner erläutert dann die §§ 5 bis 8 der Notverordnung im einzelnen und weist darauf hin, daß die Ausführungsbestimmungen Verhandlungen zwischen den Tarifparteien vorsehen. Bei der Kürzung nach § 6 fällt die Krisensteuer weg. Trotzdem bleibt dieser Paragraph für uns unter allen Umständen unannehmbar. Am schlimmsten würde sich jedoch § 7 auswirken, wonach bis zum 1. Oktober 1931 die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten der Länder und Gemeinden anzugleichen sind an die der Arbeiter und Angestellten des Reiches. Allerdings wird es sehr schwer sein, eine gleiche Bewertung zahlreicher Gruppen (man denke z. B. an die Werksarbeiter) mit den Reichsarbeitern überhaupt vorzunehmen. Weiter ist zu sagen, daß vom staatspolitischen Standpunkt aus gesehen, es eine Unklugheit ist; denn man treibt mit dieser Notverordnung die meist in lebenswichtigen Betrieben Beschäftigten gewaltsam in das Lager der Nazis oder der Kommunisten. Inzwischen finden bereits Verhandlungen statt. Man will zwar die Verkürzung der Arbeitszeit herbeiführen, aber nicht auf 40 Stunden, sondern auf 44 bis 45 Stunden, weil man weiß, daß die Verkürzung auf 40 Stunden sich katastrophal auswirken müßte. Aber auch in den Gemeinden wird vielfach noch durch Wechselschicht usw. über 48 Stunden gearbeitet. Z. B. im Rheinland arbeiten von 21 000 Beschäftigten 5000 über 48 Stunden.

Die finanzielle Auswirkung würde bei 40stündiger wöchentlicher Arbeitszeit folgendermaßen aussehen: In Berlin bezieht der Reichsarbeiter (Handwerker) 49,42 Mk. Bei voller Anwendung der Lohnverordnung würde sein Lohn um 9,42 Mk. pro Woche auf 40 Mk. gesenkt. Der Gemeindearbeiter in Berlin (Handwerker) bezieht 58,52 Mk. pro Woche. Nach der Notverordnung würde er nur 42,80 Mk. beziehen, so daß er eine wöchentliche Einbuße von 15,72 Mk. hätte, der ungelernete Arbeiter eine Einbuße von 12,48 Mk. Daraus ergibt sich, daß die Notverordnung in der jetzigen Form gar nicht durchgeführt werden kann.

Die Notverordnung sieht auch vor, daß den Pensionären die Pensionen gekürzt werden sollen; trotzdem die Renten bei den Gemeindearbeitern nach der jeweiligen Lohnhöhe festgesetzt sind. Mithin würden nach der Notverordnung die an und für sich schon niedrigen Renten auf Grund der verkürzten Löhne doppelt herabgesetzt.

Was haben wir als Organisation bisher nun gegen diese Notverordnung unternommen? Kollege Schumann hat schon in der Fraktion des Reichstages alles versucht, um eine Änderung herbeizuführen. Niemand hat den unerhörten Anschlag gegen die Arbeitnehmer in diesem Ausmaß erwartet. Sowie die Notverordnung herauskam, haben wir Verhandlungen aufgenommen und sie werden auch jetzt weiter fortgeführt. Es ist ausdrücklich festzustellen, daß weder die SPD-Fraktion noch unsere Organisation von dem Inhalt der Notverordnung Kenntnis hatten, bis zu ihrem Erscheinen im „Reichsgesetzblatt“ vom 6. Juni 1931. Es wurden zunächst Verhandlungen mit der Fraktion eingeleitet. Wir weisen darauf hin, daß diese Notverordnung am Bestand unserer Organisation rüttelt. Es muß alles geschehen, um eine Änderung herbeizuführen. Wir haben auch Verhandlungen mit dem Deutschen Städtetag aufgenommen. Dabei wiesen wir darauf hin, daß diese Körperschaft den Angriff auf das deutsche Tarifrecht nicht decken kann, ja, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden damit furchtbar beschnitten würde und daß diese sich dagegen wehren müßten. Der Deutsche Städtetag hat denn auch dagegen Stellung genommen. Unsere Vertreter haben in Verhandlungen mit dem ADB, ausführlich die Gemeingefährlichkeit für alle Arbeitnehmer dargelegt, soweit die Angriffe gegen das Tarifrecht in Frage kommen. Der ADB hat bei der Regierung in diesem Sinne die Abänderungsfordernngen gestellt. Auch der Reichsarbeiter-Verband der Gemeinden erklärte, daß die dreifache Kürzung (§§ 6 und 7 und Arbeitszeiterkürzung) nicht tragbar sei.

Der Redner weist darauf hin, daß die Krisensteuer vom Juli ab bezahlt werden muß bis zum neuen Abschluß unserer Lohnverträge. Würde der neue Abschluß im Sinne der Notverordnung erfolgen, dann hätten wir allerdings keine Krisensteuer zu zahlen. Allerdings ist dies ein schwacher Trost. Der Redner erläutert weiter den Plan eines Reichsarbeiterverbandes aller öffentlichen Betriebe und seine Auswirkung auf unsere Organisation. Zu dieser Frage kann jedoch erst in späterer Zeit Stellung genommen werden.

Am Schluß schildert Orlopp eindringlich die taktischen Maßnahmen zu unserem Tarifvertrag. Im Reichsarbeitsministerium glaubte man sogar, daß nach der Notverordnung kein Tarifvertrag mehr bestünde und hat vorläufig die Allgemeinverbindlichkeitsklärung für Schlesten ausgelegt. Man muß in Erinnerung

bringen, daß unter die Notverordnung fast 2,5 Millionen Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen fallen. Die Durchführung würde ohne Zweifel noch weit größere Arbeitslosigkeit im Gefolge haben und müßte sich volkswirtschaftlich furchtbar auswirken. Der Verbandsvorstand erklärt, wenn eine Aenderung der Notverordnung nicht auf dem Wege der Verhandlungen durchgeführt werden könne, so werden alle gewerkschaftlichen Mittel angewandt. Dann nehmen wir den offenen Kampf auf und dieser Kampf wird und muß erfolgreich sein!

Schumann verweist auf die zahlreichen Schreiben aus den Bezirken und Großstädten, worin der Verbandsvorstand zur äußersten Aktivität gegen die Notverordnung aufgefordert wird. Dies ist für uns ganz selbstverständlich, wenn der Organisation Gefahren drohen. Als Hermann Müller als Reichskanzler die Führung abgeben mußte und Brüning nach der Reichstagsauflösung am 14. September 1930 einen neuen Reichstag bekam, da mußte jeder denkende Arbeiter, daß die Arbeitnehmer in ihren Rechten und in ihrer Lebenshaltung schwer gefährdet würden. Als Auffassung der Schwerindustrie kam zum Ausdruck, daß „Deutschlands Wirtschaft nur gesunden kann, wenn die Löhne um ein Drittel herabgesetzt werden“. Weil wir von diesem Reichstag nichts Gutes erwarten konnten, trafen wir für die Vertagung bis zum 13. Oktober 1931 ein. Natürlich hat uns das auch nicht gepaßt. Aber wir konnten nicht die ungeheure Verantwortung auf uns nehmen, es zu einem Chaos kommen zu lassen.

Unser Verbandsvorstand hat auch alles getan, was zur Abwehr geschehen konnte. Mit der Regierung ist wiederholt verhandelt worden. Als die Notverordnung herauskam, haben wir sofort die zweckmäßigen Abwehrmaßnahmen eingeleitet. Wir erkannten, daß die Hauptabwehr gegen den tiefen Eingriff in unsere Tarifverträge erfolgen mußte. Die eigentliche Durchführung der für uns gefährlichsten Bestimmungen soll nach Abschluß der Tarifverträge, also zumeist am 1. Oktober 1931, erfolgen. Wir haben bei den wiederholten Verhandlungen immerhin erreicht, daß die Jugendlichen wieder in die Erwerbslosenunterstützung eingereiht worden sind, wenn auch mit einer Bedürftigkeitsprüfung. Wir haben ferner erreicht, daß weitere Aenderungen zugesagt worden sind für die nächste Zeit. Freilich, wenn es nach Dingeldey (Dp.) gegangen wäre, dann hätten die Jugendlichen zwar die Unterstützung bekommen, aber unter der Bedingung, daß die Schlichtungsordnung aufgehoben werden sollte. Dagegen haben sich erfreulicherweise auch Stegerwald und Brüning gewandt. Alle unsere Versuche auf mittelbare Aenderung der Notverordnung ohne Gefährdung des finanziellen Ergebnisses scheiterten an dem Widerstand Brünings unter Hinweis auf die bevorstehenden Reparationsverhandlungen. Es muß uns aber gelingen die §§ 5 bis 7 so zu ändern, daß sie für uns erträglich werden. Schließlich weiß man auch heute bereits in der Regierung, daß es nicht möglich ist, diese Paragraphen im Wortlaut durchzusetzen. Es ist uns immerhin gelungen, eine weitere Erklärung der Regierung herauszuholen. Die Bestimmungen der §§ 5 bis 7 sind unbefristet; denn die Verkürzung der Löhne bis zu 33 Proz. wäre die Folge. Man beginnt auch bei der Regierung einzusehen, daß eine dreifache Verschlechterung untragbar ist. Heute noch wissen viele Kollegen nicht, vor welchen ungeheuren Schwierigkeiten wir standen. Schumann schildert dann eindringlich die Verhandlungen zwischen Fraktion und Regierung. Die Gefahren einer Währungsverschlechterung standen mittlerweile im Vordergrund. Kame es zur Einberufung des Reichstags, so kam die Demission Brünings und evtl. die Regierung Hugenberg-Hitler. Das hätte den völligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch bedeutet. Es hing an einem leinenen Faden, ob wir ins Chaos gerieten. Auch unsere beste Stütze im politischen Kampf, Preußen, wäre schwer gefährdet gewesen; denn das Zentrum hätte uns alsdann die Gefolgschaft sicher versagt. So kam man zu der Entscheidung, die Einberufung des Haushaltsausschusses zu fordern. Wenn das auch ebenso kategorisch zunächst von der Regierung Brüning abgelehnt wurde, wurden doch wesentliche Aenderungen an der Notverordnung zugesagt. Es soll auch später der Haushaltsausschuß einberufen werden. So beschloß dann die Fraktion, einstweilen auf Einberufung des Haushaltsausschusses zu verzichten, da eine völlig neue Situation eingetreten war. Schumann erklärte ebenfalls am Schluß, daß der Verbandsvorstand fest entschlossen ist, sobald die Tarife abgelaufen, uns gegen die jetzigen Bestimmungen der Notverordnung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Dr. Drath referiert hierauf in überaus interessanter Darstellung über die rechtliche Seite der Notverordnung

auf der Basis eines Gutachtens, das er für den Gesamt-Verband erstattet hat. Man muß sich auch in diesen Zeiten zum Bewußtsein bringen: „Der Staat ist nicht zuerst eine Rechtsordnung, sondern eine Herrschaft und Machtordnung.“ Die Hauptsache ist, die Macht haben! Der Artikel 48 der Verfassung, auf Grund dessen die Notverordnung herausgekommen, war zunächst nur gedacht als politische Maßnahme, nämlich zur „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung“. Aber nach 1919 erhielt der Artikel 48 eine völlige Wandlung. Es wurden damals in einem Jahre 135 Verordnungen herausgebracht auf Grund des Artikels 48. Zwei Drittel davon waren keine polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen, sondern reine Steuern und Finanzsicherung. Es ist daher sehr schwer möglich, sich darauf zu berufen, daß der Artikel 48 heute nicht anwendbar sei. Es besteht auch nicht die geringste Aussicht, daß die Gerichte das nötige Verständnis für weitgehende Demokratie aufbringen und beschließen, daß die Notverordnung in diesem Umfange nicht erfolgen dürfe, zumal man wußte, daß die Regierung an ihrer Notverordnung festhalten würde. Gewiß kann man vor allen Dingen den Artikel 109 der Verfassung, der die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz fordert, bei einem rechtlichen Vorgehen zugrunde legen. Es würde aber kaum Aussicht auf Erfolg haben, weil der Nachweis schwer zu erbringen ist, daß der Artikel 109 der Verfassung verletzt ist. Ähnlich liegt es beim Artikel 165. Wenn das Reich allein gegen seine eigenen Arbeiter vorgehe, könnte man vielleicht sagen, die Gesetzgeber haben sich nur ein Mäntelchen umgehängt, um die einzelnen Arbeiter mit niedrigen Löhnen festzulegen. Es handelt sich aber gleichzeitig um die Löhne der Arbeitnehmer in den Ländern und Gemeinden.

Wir haben heute noch den Zwangstarif, wie ihn auch die Schlichtungsordnung vorsieht; denn er kann als verbindlich erklärt werden. Allerdings kommen unmittelbare Eingriffe in die laufenden Tarifverträge in Betracht. Diese Frage ist rechtlich allerdings noch nicht geklärt, weil bisher nichts Ähnliches in der Gesetzgebung existierte. Der Redner erläutert dann eingehend die Chancen für ein Rechtsstreitverfahren unter Berufung auf § 109 und § 165 der Verfassung. Er kommt zu dem Resultat: Das gesellschaftliche und politische Leben liefert auch die Entscheidung in allgemeinen gewerkschaftlichen Fragen. Es ist aussichtslos, im Rechtswege die Notverordnung zu verändern, wenn wir sie nicht gewerkschaftlich ändern können. Wir dürfen uns nicht täuschen über die Rechtslage. Es gilt die gewerkschaftliche Kampffront aufzurichten.

Kollege Schumann gibt bekannt, daß das Gutachten des Kollegen Dr. Drath der Öffentlichkeit übermittelt werden soll. Bei den Verhandlungen über die Durchführung der verkürzten Arbeitszeit wird ein Lohnausgleich in gewissen Grenzen gefordert sowie der Einstellungszwang Arbeitsloser in den einzelnen Betrieben.

Die bisherigen Verhandlungen bei der Reichspost haben ergeben, daß an Stelle der bisherigen 51stündigen Arbeitszeit die 48-Stunden-Woche durchgeführt werden soll.

* * *

Es folgt nunmehr die Diskussion:

Ame lung (Hamburg): Es ist in gegenwärtiger Zeit nicht immer leicht, die Dinge zu entkräften, die uns von den Kollegen entgegengestellt werden. Es ist vielfach in den Mitgliederkreisen eine fatalistische Stimmung vorhanden. Wenn wir auch politisch nicht anders handeln konnten, so müssen wir doch gewerkschaftlich uns mit ganzer Kraft zur Wehr setzen. Wir bedürfen das Vertrauen der Massen. Darum müssen wir uns einstellen für den Kampf gegen die unerträglichen Bestimmungen der Notverordnung. Sollte es zu einer Gründung des Arbeitgeberverbandes aller öffentlichen Betriebe kommen, so würden die Auswirkungen uns ebenfalls schwer treffen.

Erhart (München): Der Sturm in den Betrieben ist in den letzten Wochen gewaltig gewachsen. Die Mitgliedschaft fragt nicht so sehr, was macht die Ortsverwaltung, sondern was macht die Partei, was macht der ADGB? Gewiß hätten wir auch keine andere Taktik einschlagen können, aber wir müssen gewerkschaftlich alles daransetzen, um ein Ventil zu schaffen, zumal auch jetzt noch die Gefahr besteht, daß das Moratorium die Verhältnisse für die Wirtschaft nicht wesentlich ändert, wenn wir nicht auf der Wacht sind. Es gibt Grenzen des Erträglichen und die Münchener Gemeindegewerkschaften können nicht 33 Proz. Abzug ihrer Löhne ertragen. Unsere Leute sind überall in Partei, Gewerkschaft, Sport- und Kulturorganisationen. Die Auswirkungen der Notverordnung sind so stark, daß wir alle Mittel anwenden müssen und den Kampf aufnehmen.

Schaum (Berlin) berichtet, daß die Stimmung in Berlin im wesentlichen der anderer Großstädte gleicht. Allerdings geht bei uns die Kritik vornehmlich mit ganzer Schärfe gegen die SPD., während über die getroffenen gewerkschaftlichen Abwehrmaßnahmen nicht allzuviel zu sagen ist. Das Moratorium gibt eine gewisse Motivierung und Berechtigung für die Entscheidung der Fraktion. Das Gutachten von Dr. Drath trifft nach meiner Meinung durchaus zu. Bei der Schaffung eines „Arbeitgeberverbandes aller öffentlichen Betriebe“ können gefährliche Auswirkungen entstehen, denen wir rechtzeitig entgegenzutreten müssen. Wenn die volle Auswirkung der Notverordnung für Berlin sich durchsetzen würde, so würden die Löhne vielfach bis zu 33 Proz. gekürzt. Inzwischen ist bereits eine neue Verordnung in Berlin über die Kürzung der Ruhelohnsätze herausgekommen. Sie werden gekürzt um den Betrag, der durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden entsteht sowie die Auswirkung der Herabsetzung des Lohnes auf 2 und 3 Pf. Schaum erklärt, daß bei Anwendung der Notverordnung die Berliner Kollegen sich unter keinen Umständen eine derartige Minderung ihrer Einkünfte gefallen lassen. Es gilt auch jetzt noch, alle Vorbereitungen zu treffen, die notwendig sind, um unsere Abwehraktion erfolgreich zu gestalten.

Blumenthal (Post) schildert die Verhandlungen mit der Deutschen Reichspost vom 23. Juni 1931 auf Grund der Notverordnung. Es wurde eine Arbeitszeitregelung von 48 Stunden wöchentlich festgelegt, und zwar nur für die Arbeiter im Telegraphenbau und im Werkstättendienst. (Ein ausführlicher Bericht über diese Verhandlungen ist im Fachorgan „Post und Telegraphie“ enthalten.)

Bürker (Karlsruhe): Auch in Baden ist die katastrophale Wirkung der Notverordnung festzustellen. Wir haben auf lange Frist die 44-Stunden-Arbeitsvereinbarung abgeschlossen. So hat die Notverordnung wie eine Bombe bei der Mitgliedschaft in Baden eingeschlagen. Man muß allerdings der Arbeiterschaft immer wieder zum Bewußtsein bringen, daß diese Notverordnung eine Quittung ist für die unheilvolle Zerspaltung der Arbeitnehmer seit 1919. Nationalsozialisten wie Kommunisten sind die Zerstörungsorgane und nun haben wir die Besicherung. Aber wir sind bei alledem entschlossen, den Abwehrkampf aufzunehmen. Eine Katastrophopolitik kann die SPD. auch nicht treiben. Wir sind noch immer nicht über den Berg; denn es droht zum mindesten eine Herabsetzung der Löhne bei den Gemeinden. In keinem Falle dürfen wir unsere Position kampfflos aufgeben. Es ist auch ein Widerspruch, die Löhne der hochqualifizierten Industrien in den Gemeinden so weit senken zu wollen, wie sie zurzeit in den Verwaltungsbetrieben des Reichs gezahlt werden. Wenn es nicht anders geht, müssen wir die Mitgliedschaft aufrufen zum Kampf. Damit haben wir das Vertrauen unserer Kollegen.

Schneider (Frankfurt a. M.): Die Wirkung der Notverordnung auf die Arbeiter in Gemeindebetrieben zeigt ihre unheilvolle Wirkung schon heute. Unser Rhein-Main-Arbeitgeberverband verlangte bereits auf Grund der Notverordnung einen Lohnabbau von 4 bis 6 Proz. Aber so einfach werden wir uns nicht damit abfinden. Redner verbreitet sich dann ebenfalls über den geplanten Reichsarbeitgeberverband aller öffentlichen Betriebe. Gewiß ist die scharfe Stimmung über die Notverordnung im Lande durchaus berechtigt. Aber wir dürfen es dabei nicht zu einer systematischen Heße gegen den ADGB kommen lassen, wie das die RGO. tut. Im Grunde will man ja von dieser Seite das Chaos. Wir dürfen nicht nur die Stimme der Leidenschaft, sondern müssen auch die ruhige, nüchterne Vernunft beachten.

Kurpat (Dresden): Der Mensch von heute gewöhnt sich an alles. Als einstmal von einem Schutzmännchen einem Arbeiter die Hand abgeschlagen wurde, entstand eine allgemeine Empörung. Heute sind Schlägereien mit tödlichem Ausgang von Seiten der Nationalsozialisten und Kommunisten eine Regelercheinung. Sollen wir uns nun etwa auch an die Notverordnung gewöhnen? Bei eingehendem Studium zeigt sich, daß die Auswirkung der Notverordnung fürchtbar wäre. Dabei hat vielfach die große Masse noch nicht einmal klar begriffen, was ihr eigentlich droht. Unsere besten Funktionäre und Parteigenossen wollten sofort wissen, was wir zu tun gedenken; denn nach der Notverordnung sinkt der Nettolohn des gelernten Arbeiters in Dresden von 41,49 Mk. auf 30,04 Mk., der Angelernten von 37,05 auf 27,32 Mk., des ungelerten Arbeiters von 32,92 auf 26,93 Mk., bei den Reinigungsfrauen sogar von 27,23 auf 18,17 Mk., das sind 31 Proz.! In einer überfüllten Versammlung haben unsere Kollegen dann zur Notverordnung Stellung genommen. Wir haben eine scharfe Entschließung vorgelegt, die einstimmig angenommen wurde. Es sind auch inzwischen weitere Verhandlungen eingeleitet worden. Jeden-

falls können wir sagen, daß trotz der Notverordnung unsere Organisation intakt geblieben ist. Es sind trotz aller Anstrengungen der RGO. Austritte nicht erfolgt. Immerhin bleibt auch nach den Darlegungen der Kollegen Orlopp und Schumann vieles dunkel. Sollte der Reichsarbeitgeberverband aller öffentlichen Betriebe gegründet werden, so müssen wir unter allen Umständen dafür sorgen, daß die Kollegen in den Bezirken bei der Lohnverteilung ihre entscheidende Mitwirkung beibehalten. In jedem Falle heißt es für uns: allerhöchster Abwehrkampf! Mit den Abwehrmaßnahmen des Verbandsvorstandes gegen die Notverordnung kann man durchaus einverstanden sein.

Bause (Köln): Auch wir haben dem Verbandsvorstand geschrieben, daß er höchste Aktivität entfalten müsse. Es fragt sich, ob wir nicht in allen Gegenden Deutschlands Protestversammlungen einberufen sollen.

Orlopp (Schlußwort): Seit Erscheinen der Notverordnung hat es fast jeden Tag in der Zentrale Verhandlungen gegeben. Der Verbandsvorstand hat sich bei dieser Aktion an die Spitze der Bewegung gestellt und die Abwehr nach Kräften gefördert. Es ist uns auch in den letzten Tagen gelungen, in Breslau erfolgreich die 46stündige Arbeitszeit mit Senkung des Stundenlohns zu verhindern und dafür die 44-Stunden-Woche durchzuführen bei dem bisherigen Stundenlohn. Ueber 5500 Kollegen haben durch Unterschrift erklärt, daß sie nicht länger als 44 Stunden arbeiten werden, obwohl der Beschluß des Magistrats auf 46 Stunden vorlag. So muß jetzt die Stadt Breslau bei 44 Stunden mehr zahlen als bei 46stündiger Arbeitszeit! Wenn auch in heutiger Zeit diese Erfolge leider nicht so gewürdigt werden, wie sie es verdienen, zeigen sie doch, daß unsere Kollegen abwehr- und kampfbereit sind. Auch bei den Verhandlungen über Thüringen im Zentralauschuß am 23. Juni 1931 konnte die Anwendung der Notverordnung verhindert werden. Redner bespricht dann noch unsere Taktik zur Bildung des neuen Arbeitgeberverbandes aller öffentlichen Betriebe.

Sociel steht jedenfalls fest, die Notverordnung darf nicht so Anwendung finden, wie sie jetzt besteht. Reichspost wie auch Reichs- und Staatsarbeiter haben neue Vereinbarungen auf der Basis der 48-Stunden-Woche abgeschlossen. Wie weit das Moratorium eine Erleichterung sein wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist es ein Grund mehr, um eine Abänderung der Notverordnung auf schnellstem Wege zu fordern. Es ist bekannt geworden, daß der Abzug von Warte- und Ruhegeldern in doppelter Berechnung vom Gesetzgeber nicht gewollt ist. Der Reichsarbeitgeberverband wird sich bei den kommenden Verhandlungen auf die Notverordnung berufen. Wir aber werden dann unsere Entschließung durchführen, die wir heute zu fassen haben.

Stetter berichtet kurz über die Verhandlung der Reichsarbeiter bezüglich der Arbeitszeit. (Näheres darüber im „Öffentlichen Dienst“.) Es wird zunächst die 48-Stunden-Woche durchgeführt. Der Redner richtet am Schluß die dringende Bitte an die Ortsverwaltungen, bei den Protestversammlungen auch die Reichs- und Staatsarbeiter in den Kreis der Agitation zu ziehen.

Schumann (Schlußwort): Die Frage der Notverordnung hängt eng zusammen mit dem Kampf um die öffentliche Wirtschaft, die auch auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress auf die Tagesordnung gestellt werden soll. In dem Maße, wie wir die öffentliche Wirtschaft fördern können, leisten wir Dorarbeit für den Sozialismus. Die Situation ist hinreichend geklärt. Unsere geschulten Funktionäre müssen sich in der Kleinagitation zu helfen wissen. Sie sollen auch fernerhin mit Agitationsmaterial versehen werden. Unter anderem soll eine kleine Broschüre über den „Kampf gegen die Notverordnung“ in den nächsten Tagen herausgehen. Durch das geplante Moratorium wird ohne Zweifel eine gewisse Entspannung eintreten. Natürlich dürfen wir nicht jubeln und glauben, die Schwierigkeiten sind bereits überwunden. Das Schwergewicht der Entscheidung über die Einzelbestimmungen der Notverordnung wird erst bei den Verhandlungen im September in Erscheinung treten. Wir werden jedenfalls alles tun, und sind bereit, den Kampf aufzunehmen, wenn es erforderlich ist.

Kollege Schumann gibt dann im weiteren Verlauf seiner Rede eine Uebersicht über unsere Kassen- und Organisationsverhältnisse. Es gilt nun, die Mitgliedschaft über den Stand der Dinge zu informieren. Die Mitglieder müssen erkennen, daß sie in jetziger Zeit mehr denn je den gewerkschaftlichen Zusammenhalt brauchen. Unser Gesamtverband muß die schwere Belastungsprobe, die ihm gestellt ist, gut überstehen.

An die Arbeit! Alles für die Organisation!

Die 15. Internationale Arbeitskonferenz

Zum 15. Male tagte in diesem Jahre die Internationale Arbeitskonferenz. Sie begann am 18. Mai und dauerte bis zum 18. Juni. Vertreten waren insgesamt 49 Länder, aber nur 31 Delegationen waren vollständig, das heißt, sie bestanden aus Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Manche Länder unterlassen noch immer, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern die Vertretung auf der Konferenz zuzugestehen, auf die ihnen die Satzung der Internationalen Arbeitsorganisation Anrecht gibt. Unter den Abordnungen fallen jene der asiatischen Länder auf, deren Mitglieder zum Teil in Nationaltrachten gekleidet sind, wodurch der Tatsache auch äußerlich Ausdruck gegeben wird, daß es sich hier nicht um eine Zusammenkunft von Diplomaten handelt, wie etwa bei der Völkerbundversammlung.

Die ersten vier Sitzungen waren den Wahlen des Präsidiums und der verschiedenen Ausschüsse gewidmet, worauf die eigentlichen Verhandlungen in der fünften Sitzung begannen, und zwar fand zuerst die in jedem Jahre übliche Aussprache über den Bericht des Direktors des internationalen Arbeitsamts statt. Diesmal betraf der Bericht nur die Fortschritte der Durchführung der internationalen sozialpolitischen Uebereinkommen sowie die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Die fünf Tage dauernde Aussprache förderte kaum Neues über die Möglichkeiten der Behebung der Arbeitslosigkeit zutage. Die Argumente und Gegenargumente von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern gleichen sich im wesentlichen, gleichgültig, aus welcher Ecke der Welt die betreffenden Redner stammen. Nach vielen nationalen und internationalen Erhebungen, Konferenzen und Zusammenkünften von Sachverständigen, nachdem eine Flut von Schriften über die Krise herausgebracht wurde, herrscht noch immer Unsicherheit über ihre wahren Ursachen und über die Mittel zur Abhilfe. Manche Redner, wie z. B. der südslawische Arbeitnehmervertreter Topalowitsch, hielten noch an der Auffassung fest, daß auch die gegenwärtige Krise ein Glied in dem zyklischen Ablauf der wirtschaftlichen Erscheinungen sei, wobei Aufstieg und Niedergang mit einer gewissen Gesetzmäßigkeit abwechseln. Die vorherrschende Meinung jedoch ist, daß es außer der Arbeitslosigkeit, die auf sozusagen normalen wirtschaftlichen Schwankungen beruht, noch eine andere Arbeitslosigkeit gibt, die teils infolge der technischen Umwälzungen der jüngsten Zeit entstand, teils infolge der unzuweckmäßigen Verteilung des Geldkapitals und der Gestaltung der Preise. Diese Arbeitslosigkeit kann nicht ohne internationales Zusammengehen behoben werden.

Arbeitnehmervertreter verschiedener Länder und Richtungen empfahlen als Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit die Verkürzung der Arbeitszeit, eine Frage, die der Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, ebenso wie die Lohnfrage, recht zaghaft behandelt. Die große Bedeutung der Kaufkraftsteigerung der Volksmassen wurde besonders von dem deutschen Arbeitnehmervertreter Müller-Lichtenberg betont. Von einzelnen Arbeitnehmervertretern wurde auch die Verlängerung der Schulpflicht und die Herabsetzung des Alters für den Bezug von Altersrenten empfohlen.

Die Arbeitgebervertreter wiederholten die altbekannten Klagen über zu große Belastung der Wirtschaft, die sie wettbewerbsunfähig mache und forderten Lohnsenkung und gleichzeitig Verminderung der Ausgaben für soziale Versicherung und Fürsorge. Ihren Standpunkt brachte am klarsten der Franzose Lambert-Ribot zur Geltung. Manche Arbeitgebervertreter hatten allerhand Sonderwünsche. Der schweizerische Arbeitgeber Tzaut z. B. sprach von den Gefahren, die sich angeblich für andere Länder aus dem Wettbewerb Rußlands ergeben, der nach seiner Auffassung nur durch „menschenunwürdige Arbeitsbedingungen“ ermöglicht werde. Deshalb sollen das Internationale Arbeitsamt und der Völkerbund Maßnahmen gegen diese russische Gefahr ergreifen. Der Arbeitnehmervertreter der Schweiz, Ch. Schürch, sagte Tzaut später ins Gesicht, daß hinter dessen scheinbarer Anteilnahme an dem Schicksal der russischen Arbeiter nur kapitalistische Selbstsucht stehe.

Die Vertreter der deutschen Regierung und der deutschen Arbeitgeber bezeichneten mit Nachdruck die Reparationen als eine Hauptursache des Daniederliegens der deutschen Wirtschaft, aber auch von anderen Seiten wurde anerkannt, daß die internationalen Schulden viel zur Fortdauer der Wirtschaftskrise beitragen.

In der 12. Sitzung der Konferenz erwiderte der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, auf die zu seinem Bericht vorgebrachten Kritiken, auch gab er nochmals einen Ueberblick der Vorschläge, die das Amt zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit gemacht hatte. Thomas wies darauf hin, daß gesagt wurde, diese Vorschläge bedeuteten nur Linderungsmittel, aber keine Heilmittel. „Solange man aber die Heilmittel nicht gefunden hat“, fuhr er fort, „soll man die Linderungsmittel nicht verschmähen. Ich kann nur wiederholen, was ich schon so oft dieser Kritik gegenüber ausgeführt habe, daß die Organisation, selbst wenn es sich bei den bezeichneten Maßnahmen nur um Linderungsmittel handelt, verpflichtet ist, zu prüfen, welchen praktischen Wert sie haben, nicht für die Bekämpfung jener kleineren Krisen, die wir in der Vergangenheit von Zeit zu Zeit kennenlernten, sondern für die Linderung der großen Krise, unter der wir heute leiden, und auf welche Weise sie ergänzt und wirksamer gestaltet werden können.“

Zum Zweck der weiteren Ausgestaltung der internationalen Sozialpolitik hatte die Konferenz über zwei Gegenstände zu verhandeln, nämlich über die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtindustriellen Berufen sowie über die einheitliche Regelung der Arbeitsdauer in den Kohlenbergwerken.

In der Frage der Aufstellung von Grundsätzen für die Kinderarbeit in nichtindustriellen Berufen stimmte die Konferenz im allgemeinen den vom Internationalen Arbeitsamt gemachten Vorschlägen zu und beschloß, daß die geschäftsordnungsmäßige zweite Beratung im nächsten Jahre stattfinden soll. In der Zwischenzeit wird den Regierungen ein Fragebogen zur Beantwortung vorgelegt und auf Grund der einlaufenden Antworten der Vorentwurf zu einer Vereinbarung aufgestellt, über den 1932 entschieden wird.

Bezüglich der Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau gab es weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Die Verhandlungen des Ausschusses, der eingesetzt war, um den vom Internationalen Arbeitsamt vorgelegten Entwurf zu beraten, waren schwierig. Schließlich aber kam es doch zu einer Einigung und die Vollversammlung nahm den vom Ausschuss beschlossenen Entwurf zu einem internationalen Uebereinkommen mit einigen Aenderungen an. Die Dauer der Anwesenheit der Arbeitnehmer im Bergwerk darf im Steinkohle Tiefbau 7 Stunden 45 Minuten täglich nicht überschreiten. Ein- und Ausfahrt sind dabei unbegriffen. An Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen dürfen Arbeitnehmer unter Tage nicht beschäftigt werden. Die Landesgesetzgebung kann jedoch für Arbeitnehmer über 18 Jahre gewisse Ausnahmen von dieser Vorschrift zulassen. Mehrarbeit kann bei Unglücksfällen usw., wie für die Ausführung dringender Arbeiten, die nicht der Gewinnung oder Förderung der Kohle dienen, zugelassen werden. Außerdem dürfen im Steinkohlenbergbau bis zu 60, im Braunkohlenbergbau aber bis zu 150 Ueberstunden gearbeitet werden.

Für die Aenderung des Uebereinkommens über die gewerbliche Nachtarbeit der Frauen, die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts beantragt worden war, wurde nicht die nötige Zweidrittelmehrheit der Stimmen aufgebracht. Vom Nachtarbeitsverbot sollten ausgenommen werden jene Personen, die eine verantwortliche leitende Stellung bekleiden und gewöhnlich an Handarbeit nicht teilnehmen. Ferner sollte, wenn außergewöhnliche Umstände es erforderten, die Zeit der unbedingten Nachtruhe auf die Stunden von 11 Uhr nachts bis 6 Uhr früh (statt 10 bis 5 Uhr) verlegt werden können.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wurde neugewählt, mit Ausnahme der acht Regierungsvertreter, welche die wirtschaftlich wichtigsten Staaten zu stellen haben. Die deutsche Vertretung bleibt die gleiche wie bisher.

H. Fehlinger

Soziale Wanderstudienfahrt an die Wasserkante

Die Jugendabteilung der Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin hatte unter anderen hochinteressanten Themen in ihrem Winterbildungsprogramm einen Vortragszyklus über „Seefischfahrt“. Um das Gehörte und im Lichtbild und Film Gesehene nachzuprüfen, beschlossen wir, unsere diesjährige Ferienfahrt als Wanderstudienfahrt nach Hamburg-Cuxhaven in der Zeit vom 23. bis 31. Mai 1931 durchzuführen.

In Cuxhaven als erste Station hatten wir Gelegenheit, in mannigfaltiger Form die sozialen Verhältnisse der Ortsanässigen und der Seeleute kennenzulernen.

Wie arg enttäuscht waren wir aber jetzt, als wir bei den einzelnen Schiffsbesichtigungen die Enge und Gedrücktheit der Mannschaftslogis kennenlernten. Wie schnell schwand alle Romantik des Seelebens, als wir von den Arbeitszeiten und der Entlohnung der Schiffsmannschaften hörten. Besonders das Arbeiten an Bord von Hochseefisch- und Krabbenkuttern ist sehr schwer.

Als sich eine Gelegenheit bot, mit einem Krabbenkutter auf See hinauszufahren, nahmen wir diese sofort wahr, um selbst die Fischer an Ort und Stelle bei ihrer Arbeit zu beobachten, wie sie die schweren Netze einzogen und die Meeresbeute verarbeiteten. Ohne Ruhe und Raft muß gearbeitet werden, um einen Fang unter Dach und Fach zu bringen, damit für den nächsten Fischzug wieder Platz geschaffen ist. Die Krabbenkuttermannschaften haben aber noch den Vorteil, daß sie an jedem Tag wieder zu ihrem Heimathafen zurückkehren.

Dagegen sind die Hochsee-Fischkutter mitunter mehrere Wochen lang auf Fischfang in der Nordsee und in den Isländischen Meeren. Gegenwärtig versorgen ungefähr 100 Fischdampfer den Cuxhavener Markt mit Seefischen, während ungefähr 75 Krabbenkutter täglich frische Krabben (Garnelen) auf den Markt bringen.

Die Fangergebnisse betragen bei normalem Verlauf der Reise in die Nordsee durchschnittlich 30 000 bis 40 000 Pfund und aus der Barentssee 130 000 bis 140 000 Pfund Seefische. Aus der Summe kann man ermaßen, welche ungeheure Arbeitsleistung die Mannschaften zu verrichten haben. Eine große Arbeitsintensität wird aber auch von den Leuten gefordert, die die Fisch-

dampfer in der Nacht zu löschen haben. Bei unserem Besuch im Cuxhaven lagen nur einige Hochseefischkutter zum Löschen im Hafen. Auf unsere Frage, ob immer so intensiv gearbeitet wird, erklärten lächelnd die Arbeiter, daß heute nur „langsam“ gearbeitet wird; wir sollten einmal das Tempo sehen, wenn eine ganze Hochseeflotte eingelaufen ist und gelöscht wird.

In Hamburg beschäftigten wir den Ozeanriesen „St. Louis“. Wir sahen die Räume der feudalen „1. Klasse“, die der „Touristenklasse“ und die der ganz einfachen „3. Klasse“, stellten dabei fest, daß auf einem Ozeanriesen die Klassengegenstände sehr scharf zum Ausdruck kommen. Die Mannschaftslogis, die wir nur durch einen Zufall zu sehen bekamen (bei offiziellen Führungen ist deren Zeigen dem Führer streng verboten aus Gründen, die uns sofort verständlich wurden), sind enge, unbehagliche Räume. In Cuxhaven machten wir die Feststellung, daß neuer Geist und Wille auch im Architektonischen ihren Siegeszug gehalten haben, und zwar durch die intensive Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Kommune. Nicht nur fanden wir das verkörpert im neuen Baustil bei öffentlichen Gebäuden, sondern auch im großen Siedlungsblock mit gesunden, lustigen Wohnungen für Arbeiter.

In Hamburg dagegen scheint uns noch viel Arbeit zu leisten notwendig. Es schüttelt uns noch bei dem Gedanken an unseren Gang durch das Gängeviertel Hamburgs. In schmutzigen und dunklen Straßen, in denen man sich von einer Häuserreihe zur anderen bequem die Hand geben kann, müssen noch tausend und aber tausend Menschen dahinvegetieren. Bei unserer Hafenrundfahrt, die wir mit der Barkasse der Bezirks- und Ortsverwaltung Hamburg machten, bemerkten wir aber doch auch bedeutende Neuerungen, und außerhalb der Stadt entstehen weite Siedlungen mit gesunden Wohnungen.

Wahre Solidarität ist uns von unseren Kollegen in Cuxhaven und Hamburg zuteil geworden. In aufopfernder Weise haben sie sich bemüht, uns den Aufenthalt in Cuxhaven und Hamburg so angenehm wie möglich zu machen. Ihnen allen sei der Dank auch an dieser Stelle noch einmal ausgesprochen. R. Schöb.

Haifischfang

Im gleichmäßigen Takt schlägt die Wirbelsäule eines 2 Meter langen Hais an die Keling. Die Geschichte war so. In Buena Ventura, Kolumbien, in den lauen, schwülen Nächten, wo man schlecht schlafen kann, haben wir zwei ehrenwerten Mitgliefern aus der Familie der großen Menschenhaie das Lebenslicht ausgeblasen. Wir lagen auf der Reede. Vier Mann haben wir achtern gegessen und die Burschen angelockt. Erst wollten sie nicht recht. Endlich nach gut drei Stunden zuckt es plötzlich an der Leine und schon geht sie raus. Mit ungeheurer Geschwindigkeit. Etwa 80 Faden Spielraum haben wir gelassen. Jetzt gibt's einen Ruck, die ganze Leine ist außenbords. Nun ist die Reihe an uns. Langsam wird gezogen. 10 Faden. Wieder loslassen, aber nicht ganz raus. So jetzt sind wir wieder dran. Immer abwechselnd. Nun zieht Vater Hai wieder. Jetzt wird er schon wütend. Aber die Leine ist doch fester wie sie aussieht, er will sie durchaus zerreißen. Der Haken sitzt fest im Rachen. Jedesmal, wenn wir einhieven, kommt er ein Stück näher. Noch ist er unter Wasser und entwickelt ungeheure Kraft. Aber die Luft geht doch einmal aus und er muß hoch. Wahnsinnig schlägt er umher. 50 Meter im Halbkreis saust er im Au herum. Wir lassen nochmal nach, er geht wieder runter, aber doch nicht mehr mit der ursprünglichen Kraft. So, jetzt ist er wieder oben. Wir ziehen mit allen uns zur Verfügung stehenden Muskeln. Immer näher kommt er. Das Wasser köcht um ihn. Er schlägt schon an die Bordwand. Eine kurze Zeit nur noch ist er in seinem Element. Alter Bursche, denke schnell noch einmal an all deine Sünden. Gleich ist Schluß. Dein Keuchen ruht dir nichts mehr. Wir haben ein hartes Herz und werden bei Sonnenaufgang schon mit deinem scharfen Gebiß spielen. Jetzt das Schwerste. Acht sehnige Hände und eine rauhe Kehle. Hier up! Hier up! Immer ein paar Zentimeter. Die Adern schwillen, das Blut steigt zu Kopfe. Auf keinen Fall nachlassen. Bis an die Keling ist er schon. Alle Mann haben Waffen bei der Hand. So, noch ein kurzer Ruck und er liegt an Deck.

Der Mensch sinkt zur Urzeit hinab. Ein wildes Kriegsgeheul hört die Tropennacht. Drei Sprachen müssen ihre sämtlichen Kose- und Schimpfworte herhalten, und es sind dorer in Englisch,

Deutsch und Spanisch nicht wenige. Mit Knüttel und Bootshaken wird gefochten. Das Opfer wehrt sich noch mutig. Aber die Kräfte sind ungleich verteilt. Einmal müssen wir noch ausweichen. Ein dünnes Pfeifen in der Luft, ein dumpfer Schlag und der blanke Körper regt sich nicht mehr. Eine Minute später ist der Stert abgetrennt. Zwei rostige Messer bohren sich ins Fleisch und wenige Zeit später ist er nur noch eine unförmige Masse. Die Schwanzstöße ist nach altem Seemannsbrauch vorn am Bug geschlagen und stinkt. Das Rückgrat soll ein Spazierstock werden und das Gebiß wird aufgehoben, wenn einem von uns einmal die Zähne ausfallen oder von einem der lieben Mitmenschen eingeschlagen werden, wird es wieder in Anwendung gebracht. Einstweilen ziert es die Mannschaftsmesse der Rattenschaukel „Heinrich Arp“.

Musik wird oft nicht schön empfunden

In der Matrosenforel nebenan versucht einer der werten Kollegen die Gemüter seiner Mitmenschen zu erhellen, indem er ein Platte auslegt, einen Stift in ein kleines Loch steckt, die ganze Geschichte aufdreht und ablaufen läßt, wieder aufdreht und wieder ablaufen läßt und so fort bis man einen der Zuhörer in halbverrücktem Zustand an Deck schleppen muß, ihn mit kaltem Wasser begießt und so für eine neue Grammophonprozedur herrichtet. Das alles wird stolz „Musik“ genannt.

Zu bemerken war für diesen Spezialfall noch folgendes: Als ich auf dieses Schiff kam, es sind über drei Monate her, war der Vorrat an neuen Stiften und Platten bereits erschöpft. Da nun ein jeder Seemann, wenn er mal Zeit hat in eine Stadt zu gehen, an alles andere denkt, als an den Einkauf von neuen Utensilien für diesen aufdrehbaren Kästen, ist man gezwungen, auf See das vorhandene Material zu benutzen. Es stehen im ganzen acht wohlbehütete Stifte und sechs Platten zur Verfügung, und daß die nicht mehr ganz gut sind, könnt ihr mir ruhig glauben. Beinahe die ganze Mannschaft hat in dieser Zeit gewechselt. Die Stifte und Platten werden wohl bleiben bis an das selige Ende dieses Schiffes. R. Scheibenhuber.

Wenn alle einig sind . . .

IV.

Małschenk war außerordentlich nervös: „Meine Herren, ich habe das Empfinden, als ob morgen die Entscheidung fallen wird. Oder wissen Sie vielleicht ein Mittel, sie noch länger aufzuschieben?“

Er sah sich fragend in dem edlen Kreise um.

Hofrichter bemerkte: „Sie verlieren die Nerven, lieber Małschenk!“

Diese liebenswürdige Feststellung war für den großen Mann zu viel:

„Ich habe noch nie meine Nerven verloren, selbst in dem Moment war ich gefaßt, als das Pack unseren Herrn Senatspräsidenten anzutafeln magte“, schrie er.

Samuel Wolf prustete los. Er zog aber schnell das Taschentuch und markierte einen Hustenanfall.

„Nur keine Uebereilung, meine verehrten Herren“, rief Hofrichter. „Wir können heute kein Urteil über den Ausgang der Demonstration fällen. Sie soll alle Arbeitnehmer, gleichgültig welcher Partei sie angehören, umfassen. Ich glaube aber, daß diese hübsche Harmonie nur auf dem Papier existiert. Sie werden sehen, morgen laufen höchstens einige hundert Menschen durch die Straßen. Deshalb ist mein Rat, wir warten in aller Ruhe ab.“

„Um nachher klein beizugehen“, fiel ihm Małschenk ins Wort. „Dann bekunden wir offensichtlich unsere Niederlage.“

„Und wenn wir heute verhandeln, unsere Angst!“

Samuel Wolf schlug mit der Faust auf den Tisch. „Das wäre viel schlimmer. Die anderen würden dann Bedingungen stellen, daß uns die Augen tränen.“

„Jedenfalls glaube ich, daß die Zeiten der großen Verdienste bald vorüber sind“, schloß Hofrichter.

Schweigen senkte sich über die großen Männer der Wirtschaft, des Handels und der Finanz. Eine Periode ging zu Ende, die die schönste ihres Lebens gewesen war. Auch sie hatten die Welt, und wenn es nur die kleine Welt Polens und der baltischen Randstaaten war, mit Waren zu märchenhaft billigen Preisen überschwemmt. Sie konnten es, weil die Löhne gar nicht ins Gewicht fielen. Man hatte, wie von einem Dämon besessen, gebaut, um das überflüssige Geld irgendwie anzulegen. Małschenks Bankgebäude war um zwei Etagen erhöht worden, Samuel Wolf hatte Kornspeicher errichten lassen, die noch immer auf ihre eigentliche Bestimmung harreten, und die Werftanlagen Hofrichters erreichten heute die doppelte Ausdehnung. Was sollte aus den Gebäuden werden, wenn die Inflation ganz plötzlich ein Ende nahm?

Alle, die in dem kleinen Saal versammelt waren, fühlten, daß morgen eine Wendung eintreten würde. Die neue Macht stellte ihre Forderungen so ruhig und so sachlich, so ohne Pathos, so beängstigend überlegen, daß daraus die Gewißheit des Sieges sprach. Die Herren Direktoren spielten sich nur noch ein wenig Komödie vor, im Innern wußten sie, wie die Situation tatsächlich beschaffen war.

Und die ganze Stadt wußte es. Ein Befreiendes Aufatmen ging durch die Masse, aber die Geschäftsleute standen vor ihren Läden, und diskutierten mit besorgten Gesichtern. War es unter diesen Umständen noch gut, Ware zurückzuhalten, Kredite aufzunehmen und neue Lieferungen zu veranlassen, oder blieb Bargeld die einzige Rettung? Unlösbar Probleme beängstigten plötzlich die ehrenwerten Verdienner.

Die Straßen waren belebt, aber heute sah man andere Gestalten als an gewöhnlichen Wochentagen. Es fehlten die eleganten Straßentoiiletten, es fehlten die Limousinen und Tourenwagen. Die Stadt hatte ein proletarisches Aussehen erhalten.

Einzelne und in geschlossenen Trupps eiften die Menschen auf den Heumarkt, von dem aus der große Demonstrationzug seinen Ausgang nehmen sollte. Es waren hauptsächlich Arbeiter und Angehörige, die sonst um diese Zeit hinter Pulken und Maschinen standen.

„Diese Leute sind auf der Straße“, glaubte Herr Hugo Mayer bemerken zu müssen. „Glauben Sie, Herr Markus, daß etwas geschehen wird?“

„Nein“, entgegnete Dr. Jacob, da Markus gerade mit dem Anzünden eine Zigarre beschäftigt war. „Es handelt sich um eine von den Gewerkschaften einberufene Demonstration, die alle Arbeitnehmer umfassen soll. Ich glaube, daß Disziplin gehalten wird.“

„Ich liebe diese Menschenansammlungen nicht.“ Herr Hugo Mayer sprach mit leichtem Widerwillen in der Stimme. „Bei uns im Reich sind schon schlimme Dinge vorgekommen.“

„Hier ebenfalls, vor ungefähr einer Woche; die Demonstranten wurden durch die Polizei auseinandergetrieben. Es gab viele Verletzte.“

Das stimmte zwar nicht, machte aber nach Meinung Dr. Jacobs auf Herrn Hugo Mayer einen guten, weitstädtischen Eindruck.

Die Herren hatten den Längen Markt erreicht. Vom Rathaus schlug es zwölf, und das Glockenspiel erfreute mit dem Choral: „Großer Gott, wir loben dich.“

Eigentlich sollte jetzt die Börse beginnen, der Kampf um den Dollar, um die Montanwerte und um das Getreide. Aber der Artushof hielt seine Pforten geschlossen, und die großen Banken ihm gegenüber lagen stumm da.

Vor den Banken aber, auf dem breiten Trottoir, hatten sich die Börsenroutiniers aus alter Gewohnheit eingefunden. Ein paar Warschauer Kofferleute, die heute nichts Rechtes anzufangen wußten, leisteten ihnen Gesellschaft. Auch Makler Heiß, der sich zwar von seinem leichten Schlaganfall, aber noch nicht von dem Dollarverlust erholt hatte, stand in einer Gruppe dicht vor dem Ratskeller. Markus grüßte ihn mit erwählter Höflichkeit.

Heiß wandte sich an Rabinowitsch, der noch unter den Spiel-schulden der vergangenen Nacht litt.

„Von dem verfluchten Karlemann haben wir noch immer keine Spur entdeckt. Wissen Sie übrigens, Babinowitsch, daß am selben Morgen die Privatsekretärin von Markus verschwunden ist? Schöne Schweinerei!“

Jablonski lächelte inzwischen einen Herrn Cygenbein aus Lodz giftig an: „Werden die längste Zeit gefahren sein, mein Lieber. Die Komödie ist hier bald ausgespielt.“

„Unfinn“, meinte Friß Frehse, der eben an die Gruppe herantrat. „Glauben Sie denn im Ernst an den Schwindel?“

„Wir möchten alle nicht dran glauben“, meinte Heiß philosophisch, „aber wir werden ja sehen!“

Friß, der das Handeln nicht lassen konnte, erstand von einem Kaufmann einige Millionen Polennoten, die er sofort mit Dollars bezahlte und zwei Minuten später gewinnbringend an Rabinowitsch verkaufte. Rabinowitsch und Friß waren wieder intime Freunde geworden. Den kleinen Betriebsunfall mit dem Kokain hatten beide vergessen.

Immer dichter wurden die Gruppen. Was sollte man auch allein in seiner Wechselstube sitzen und Dollarnoten streicheln und sortieren. Das brachte nichts ein; Geld mußte arbeiten.

Ein Abwickler von Buchholz u. Co. schlängelte sich zu Jablonski: „Habe Sie schon gehört? Berlin meißet den Dollar schwächer! Die Reichsmark ist gestiegen!“

„Ausgerechnet heut, wo die Börse bei uns geschlossen ist“, jammerte Jablonski. „Das Arbeiterpack soll der Deibel holen!“ Rabinowitsch erinnerte sich, daß er noch große Mengen Reichsmark besaß.

„Ich bin Geld für Dollar!“ rief er. „Wer gibt ab?“

Jablonski gab ab, nur um die Zeit totzuschlagen und irgend etwas zu tun. Die anderen beteiligten sich an dem unterhaltenden Spiel. In wenigen Minuten war eine kleine Börse zustande gekommen.

Man hatte vergessen, daß heute ein schicksalschwerer Tag war. Man hatte vergessen, daß man vorher Angstträume gehabt hatte. Alles hatte man vergessen, nur die Dollars nicht. Die Börsenschlacht tobte ohne Börse. Keiner achtete mehr auf die Umgebung. Man sah deshalb auch nicht, daß sich die Langgasse herunter ein langer Zug bewegte, dessen Ende nicht abzusehen war, ein Zug von Menschen, die in Gliedern zu vieren hintereinander marschierten. An der Spitze ritten bewaffnete Schupos.

Heiß rannte wie ein Irrenniger herum und murmelte: Szapiro. Dabei geriet er fast unter das Pferd eines Schupos. Er starrte mit Augen, die nichts erkannten, auf Pferd und Reiter. Was sollte das heißen? Was wollten die hier? Warum störten sie ihn bei einem ersten Geschäft?

Und dasselbe Erstaunen malte sich auf allen Gesichtern, als die Schupos für den Demonstrationzug Platz schafften. Zuerst entstand ein wildes Gedränge. Kofferleute glaubten, eine Razzia setze ein, und suchten schützende Hauseingänge zu erreichen. Allmählich, als sie sahen, daß keine Gefahr für ihre Freiheit bestand, kamen sie neugierig hervor und drängten sich in die erste Reihe.

Es dauerte Minuten, bis sich die Dollarbesessenen in der Wirklichkeit zurecht fanden, bis sie begriffen, daß ihnen heute die Straße nicht gehörte.

Die politische Generallinie und die Gewerkschaften

Als die geistige Verwirrung der Wähler, die die furchtbare Wirtschaftskrise mit sich brachte, am 14. September 1930 die 107 nationalsozialistischen Abgeordneten in den Reichstag einziehen ließ, stand Deutschland vor der unmittelbaren Gefahr eines faschistischen Putsches. Es hätte nur des Anstoßes des Regierungsturzes bedurft, um ihn auszulösen und das deutsche Volk mit den Segnungen des Hakenkreuzterrors bekannt zu machen. Auch wer nicht so pessimistisch ist, zu glauben, daß Deutschland dann das Schicksal Italiens erlitten hätte, sondern wer die Überzeugung hat, daß ein Hitlerischer „Marsch auf Berlin“ schließlich an der ersten Gegenwehr der Arbeiterklasse gescheitert wäre, ist sich darüber klar, daß wir vorher blutigen Bürgerkrieg, völligen Zusammenbruch der Wirtschaft und schwere außenpolitische Entwicklungen mit all ihren unabsehbaren Folgen hätten durchkosten müssen. Vor diesen Schrecknissen ist Deutschland durch die besonnene Politik der Sozialdemokratie bewahrt worden, die das Kabinett Brüning trotz schärfster Gegnerschaft am Leben beließ.

Wenn im Augenblick die Gefahr eines faschistischen Putsches nicht besteht, so ist das wohl ein Erfolg der sozialdemokratischen „Tolerierungspolitik“, die in den Monaten seit den Reichstagswahlen von 1930 beachtliche Widerstandskräfte gegen den Nationalsozialismus aufwachen ließ. Die Chance Hitlers und seiner Massen, durch einen Gewaltakt zur Macht zu gelangen, ist sehr gering geworden. Die Arbeiterschaft ist aktiviert und zum Kampf gerüstet; in den bürgerlichen Mittelparteien haben sich die Bedenken gegen den Radikalismus der Hakenkreuzbewegung verstärkt; insbesondere sieht das Zentrum, daß der Sieg des Nationalismus die Aufrichtung einer für den Katholizismus unerträglichen evangelischen Diktatur bedeuten würde, die Reichswehr ist ebenso fest in der Hand Hindenburgs wie die preussische Schutzpolizei in der Hand Severings. Diese Tatsachen haben die NSDAP., so laut sie sich auch in Wort und Schrift noch immer gebärden mag, stark von ihrem „revolutionären“ Wege abgebrängt. Es geht ihr wie dem Fuchs, dem die Trauben zu hoch hingen. Deshalb schwört ihr Führer jetzt Legalitätseide und läßt seine Koalitionsbereitschaft durchblicken. Gewiß will das nicht besagen, daß das Hakenkreuz gewillt ist, stets nur mit geistigen Waffen zu kämpfen. Aber ihm scheint bei der gegenwärtigen politischen Konstellation die „kalte“ Eroberung von Machtpositionen durch Regierungsbeteiligung sicherer zum nationalsozialistischen Ziele zu führen als der putchistische Einsatz der SA-Truppen. Braucht noch besonders gesagt zu werden, daß damit die faschistische Gefahr nicht verschwunden ist, sondern sich nur ihr Gesicht gewandelt hat? Die deutsche Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß mehr noch als vor der Giftschlange auf freiem Feld es heißt, vor der Hydra, die im Dickicht lauert, auf der Hut zu sein!

Aber je mehr sich die Hakenkreuzbewegung von der Illegalität zur Legalität mausert, desto mehr verliert sie auch die aktive Führerstellung in der deutschen Reaktionswelt, die sie bislang inne hatte. Statt ihrer beginnt nunmehr die Großindustrie, vertreten durch die Deutsche Volkspartei, politisch vorzustoßen. Es paßt gut in das Gesamtbild von der veränderten Situation des Nationalsozialismus, wenn man erfährt, daß große finanzielle Schwierigkeiten die NSDAP. in stärkster Abhängigkeit von den Industriemagnaten an Rhein und Ruhr gebracht haben. Das Unternehmertum hat das Kommando über die Reaktion übernommen — und der Nationalsozialismus ist nur noch eine Figur in dem Schachspiel, das das Kapital gegen die Arbeiterklasse spielt.

Ist es verwunderlich, daß das Unternehmertum die Lage, in der die Arbeiterschaft und ihre Organisationen durch die schwere Konjunkturdepression und die Millionen durch Erwerbslosigkeit geschwächt sind, für sich auszunutzen sucht? Es hält die Zeit für gekommen, um den lohn- und sozialpolitischen Boden, der ihm im vergangenen Jahrzehnt im politischen und im gewerkschaftlichen Kampf abgerungen worden ist, wiederzugewinnen. Die sozialreaktionären Maßnahmen, die die Notverordnungen der Regierung Brüning — und die letzte in überreicherlicher Weise — getroffen haben, genügen ihm nicht. Es will mehr! Es will die völlige Beseitigung der Sozialgesetzgebung, die Abschaffung der Tarifverträge, die Zertrümmerung der Gewerkschaften, die Vernichtung der Sozialdemokratie, kurzum die absolute Ohnmacht der Arbeiterschaft.

Das Unternehmertum weiß jedoch, daß es diese Ziele nicht erreichen kann mit einer Regierung, die die Sozialdemokratie jeden Tag zu stürzen vermag. So ist es zu verstehen, daß seine politische Interessenorganisation, die Deutsche Volkspartei, das Damoklesschwert der sozialdemokratischen „Tolerierung“, das über dem Haupt der Regierung Brüning schwebt, beseitigen und der Reichsregierung völlige reaktionäre Bewegungsfreiheit verschaffen will. Noch ist es allerdings nicht möglich, einen neuen Bürgerblock, der von Hitler bis Brüning reicht, zusammenzufügen. Noch kann Hitler seinen Anhängern nicht ein Zusammengehen mit den Schwärzröcken zumuten, und noch hegt das Zentrum zu arges Mißtrauen gegen den Nationalsozialismus. Aber das politische Kalkül der Volkspartei rechnet damit, daß es nach Auswechslung bestimmter Minister (Dietrich, Curtius, Wirth) durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, die sozialdemokratische „Tolerierung“ durch eine nationalsozialistische zu ersetzen. Auf eine solche Konstellation, die das Zentrum an einen dauernden Rechtskurs fesseln, dann alsbaldige Preußenwahlen herbeizuführen und zugleich auch die letzten sozialpolitischen Stauwerke einreißen würde, steuert die Deutsche Volkspartei zu. Der Diktatur der Großindustrie, die sich des befehlsmäßigen Einschwenkens der Hakenkreuzkolonnen sicher dünkt, stünde dann nichts mehr im Wege.

Aus solchen taktischen Erwägungen heraus stellte die Deutsche Volkspartei an Brüning ihr Ultimatum auf sofortige Umbildung der Reichsregierung, widerigenfalls sie der Einberufung des Reichstags zustimmen würde. Es war klar, daß die Annahme dieser Forderung das Ende des Brüning-Kurses, des Kurses einer konservativ-bürgerlichen Politik, bedeutet und das Zentrum von den stur-reaktionären Rechtsparteien abhängig gemacht hätte. Wenn das Verlangen der Volkspartei auf ein hartnäckiges Nein des Reichskanzlers stieß, so zeigt das, daß das Zentrum noch nicht gewillt ist, eine derartige Wendung seiner politischen Haltung vorzunehmen.

Sollte die Sozialdemokratie das Zentrum trotzdem noch weiter nach rechts abdrängen und der Großindustrie jene Karte zuspiesen, die sie begehrte? Welch furchtbare Gefahr für die Arbeiterklasse, zumal hinter der Großindustrie der koalitionslüsternen Nationalsozialismus steht, der sich auf gesetzmäßige Weise in den Besitz der ausschlaggebenden Machtpositionen in Heer, Polizei und Verwaltung setzen will, die er dann freiwillig nicht mehr verlassen würde! Und wer wagt zu behaupten, daß nach dem Sturz der Regierung Brüning die Notverordnung vom 6. Juni beseitigt würde? Sie würde aufs neue erlassen worden sein, aber jede Aussicht auf Abänderung ihrer unsozialen Bestimmungen wäre geschwunden gewesen und der Sozialreaktion für die Zukunft ein Freibrief ausgehrieben worden. Vielleicht hätten schon diese Gründe ausgereicht, die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem Entscheid zu führen, den sie schließlich gefällt hat: ihren Antrag auf sofortige Einberufung des Haushaltsausschusses zurückzuziehen und sich mit dem Entgegenkommen Brünings einverstanden zu erklären, daß alsbaldige interne Verhandlungen mit der Regierung über die Abänderung der Notverordnung eingeleitet und die Mitglieder des Haushaltsausschusses nach der Ankurbelung der Reparationsfrage zusammengeholt werden sollen. Aber es kam doch noch hinzu, daß die Vorgänge auf dem Devisenmarkt, durch die die Reichsbank eine Milliarde Mark Deckungsgold verlor, deutlich erkennen ließen, daß ein Sturz der Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick gleichbedeutend gewesen wäre mit Staatsbankrott und Währungskrisis. Welche Panik hätte das deutsche Volk ergriffen, wenn das Reich nicht mehr in der Lage gewesen wäre, Gehälter, Pensionen und Unterstützungsgelder auszuzahlen, wenn der Kurs der Mark angefangen hätte zu schwanken! Wo wäre dann die sozialistische Arbeiterschaft geblieben? Wer konnte die Verantwortung für eine Katastrophenpolitik übernehmen, die über das deutsche Volk mit samt seiner Arbeiterschaft das politische und wirtschaftliche Chaos gebracht hätte? Der Entscheid der Sozialdemokratie hat die Stabilität der Währung und die Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Hand gesichert, hat das deutsche Volk in schwindlicher Gratwanderung an den Abgründen, die seine Existenz bedrohten, vorbeigeführt. Man durfte der Sozialdemokratie um so weniger zumuten, aus Angst vor dem Tode Selbstmord zu begehen, als jene Möglichkeit noch

nicht ausgenutzt war, die die Reparationspolitik in sich birgt. Wenn wir heute von der Aktion Hoovers lesen, die ein internationales Schuldenfeierjahr fordert, wenn wir — ohne uns Illusionen zu machen — prüfen, welche materielle Erleichterung und psychologische Vertrauensstärkung Deutschland durch eine Reparationsstundung erfahren wird, wenn wir sehen, wie ein Riß die dunkle Wolkenwand zersprengt hat und Hoffungsstrahlen einer besseren Zukunft wieder zu uns dringen, so ist das die glänzende Rechtfertigung für den Weg, den die Sozialdemokratie beschritten hat, den Weg der nüchternen und zielbewußten politischen Vernunft.

Es gibt für die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften nur eine Generallinie ihrer Politik: den Vorstoß des Kapitals und des Faschismus aufzufangen und die sozialistische Arbeiterbewegung

durch die akute Wirtschaftskrisis hindurchzuführen bis zu der Zeit, wo mit beginnendem konjunkturellem Aufschwung der gegenwärtige Stellungskrieg beendet und die Fahne des Angriffs gegen Kapital und Reaktion von neuem wieder vorangetragen werden kann. Es gibt in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit nicht nur siegreiches Vorwärtstürmen, es gibt auch langwierige Verteidigung und zögerndes Manövrieren. Aber entscheidend sind nicht die einzelnen taktischen Situationen, entscheidend ist der strategische Plan, der in dem Auf und Ab des Kampfes unbeirrt und nervenstark innegehalten werden muß. Sinn und Inhalt dieser Strategie ist aber einzig und allein die soziale Befreiung der Arbeiterklasse, das Werden des Sozialismus

Friedrich Hertneck

Die Staatsarbeiter im faschistischen Italien

Die besondere politische und — in zwangsläufiger Parallelität! — gewerkschaftliche Entwicklung Italiens zum Faschismus und im Faschismus war nur möglich, weil Italien ein vorwiegend agrarisches Land ist und die Industrie, auch wenn sie — insbesondere in Norditalien — in einem rapiden, jedoch heute gehemmten Anwachsen begriffen ist, über keine organische und organisatorische Fundierung verfügt. Hinzu tritt der Umstand, daß das vorwiegend landwirtschaftliche Italien von der sogenannten agrarischen Autarkie (Selbstversorgung) weit entfernt ist; Mussolini selbst hat zugeben müssen („Diuturna“ pag. 267), daß etwa 18 Proz. des Gesamtbedarfes an Getreide, der rund 60 Millionen Doppelzentner beträgt, vom Ausland bezogen werden muß.

Daß dieser mangelhaft entwickelte Kapitalismus nur mangelhafte Formen sozialistischer Theorie und Praxis (Gewerkschaftsbewegung!) zu erzeugen vermocht hat, ist für jeden verständlich, der in Zusammenhängen zu denken gelernt hat; die vorfaschistische Arbeiterschaft beschäftigte sich weniger mit dem Kampf gegen das Kapital, als vielmehr mit der Sorge um die Kapitalbeschaffung und — als ultima ratio! — mit dem Gedanken der Auswanderung: die Folge war eine geringe Widerstandskraft der in sich zersplitterten Gewerkschaftsbewegung, innerhalb derer das Landarbeiterproletariat dominierte. In diesen Zustand hinein fiel zeitlich der Staatsstreich Mussolinis!

Als Mussolini die politische Macht ergriffen hatte, wurde — entgegen dem ursprünglichen Programm des Faschismus — das kapitalistische System uneingeschränkt bejaht; die vorhandenen Gewerkschaften aber sollten (nach einem Ausspruch des Duce) zur „Rekrutenschule“ für den Faschismus werden und als Mittel dienen, die proletarischen Schichten zu binden. Der Plan scheiterte; es erwies sich als leichter, neue Organisationen zu gründen, als die bestehenden in andere Richtungen zu bringen.

Die Durchführung dieses Projekts wurde erleichtert dadurch, daß Italien sich in einer schweren Wirtschaftskrise befand: in solchen Perioden hatten die Gewerkschaften — zumal in einem noch unentwickelten Stadium — stets die Tendenz, Mitglieder zu verlieren. Hinzu kam, daß Mussolini am Anfang seines Auftretens sehr weitgehende Forderungen auf sozialem Gebiet erhoben hat, — Forderungen allerdings, die er nach der Machtergreifung völlig vergaß.

Die bisherigen Gewerkschaften verfielen der Auflösung, neue Gewerkschaften (Korporationen) wurden geschaffen, in die die Arbeiterschaft geschlossen aufgesogen wurde. Das Regierungsdekret vom 24. Januar 1924 unterband die Koalitionsfreiheit des Proletariats und stellte die Gewerkschaften (es gab nur noch Gewerkschaften des Faschismus!) unter staatliche Kontrolle.

Diese faschistischen Gewerkschaften lehnen den Streik ab; Tarifverträge, die unter staatlicher Mitwirkung zustande kommen, sollen jeden extremen Arbeitskonflikt unmöglich machen; — zumal sie auch für die Unorganisierten rechtsverbindlich sind. Wenn „freiwillige“ Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nicht erreicht werden können, entscheidet der Staat als angeblich „über den Parteien stehende Institution“. Doch da der faschistische Staat völlig in den Händen des kapitalistischen Unternehmertums sich befindet, war und ist in Arbeitskonflikten der Proletarier stets der Unterlegene.

Von jeder Kategorie von Arbeitnehmern gibt es nur eine Gewerkschaft; diese bedarf, um überhaupt handeln zu können, der Anerkennung durch den König. — Diese Gewerkschaften sind Zwangsgewerkschaften; sie umfassen alle Arbeitnehmer ihrer Kategorie, auch wenn diese in die Mitgliederlisten nicht eingetragen sind. Die Beiträge werden durch Staatsorgane erhoben. Die Leitung der Gewerkschaften kann von den Mitgliedern „gewählt“ werden, bedarf aber, um ihre Funktion ausüben zu können, der königlichen Bestätigung; diese Bestätigung ist jederzeit widerrufbar.

Welche Wirksamkeit haben diese „gelben“ Monopolgewerkschaften des Faschismus für das Proletariat zu erzielen vermocht?

Es kam, wie es nicht anders zu erwarten war: nach der Statistik des „Internationalen Arbeitsamts“ ist der italienische Arbeiter der schlechtest bezahlte Europas; durch Regierungsdekrete werden seit acht Jahren die Löhne ständig herabgesetzt, während die versprochene Senkung der „manövierten“ Kleinhandelspreise ausgeblieben ist. Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt heute 44 bis 45 Pfennig, also etwas über die Hälfte dessen, was der im Verhältnis zu anderen Nationen schon schlecht bezahlte deutsche Arbeiter verdient.

Doch trotz dieser gewaltsamen Lohnherabsetzung ist die Arbeitslosigkeit nicht verhindert worden. Es gab Ende 1930 in Italien nach dem eigenen Geständnis der Regierung eine halbe Million Arbeitslose; hierin sind nicht inbegriffen die landwirtschaftlichen und saisonmäßigen Arbeitslosen (für die es überhaupt keine Unterstützung gibt!), so daß die Zahl für das wenig industrialisierte Land erschreckend hoch ist.

Alles in allem ist unbestreitbar und wird selbst von Anhängern des Faschismus zugegeben, daß das „neue“ Italien die Lage des Arbeiters außerordentlich verschlechtert hat, — ganz zu schweigen von der politischen Entrechtung des Proletariats.

Bzüglich der Staatsbetriebe im besonderen hatte Mussolini folgendes Programm aufgestellt: „Verstärkung des politischen Staates, Demobilisierung des ökonomischen Staates“. — Das bedeutet, daß alle Staatsbetriebe: Eisenbahn, Post, Tabak- und Salzmonopol der Privatwirtschaft übergeben werden sollen. Daß dieser Schlag gegen die öffentlichen Betriebe nicht gelang, lag nicht am mangelnden Willen von Mussolini, als vielmehr an gewissen gesetzmäßigen Hemmungen, die darin begründet sind, daß wir nicht mehr in der Epoche des ungebundenen, sondern der des organisierten Kapitalismus stehen.

Die Auslieferung der öffentlichen Betriebe an die Privatwirtschaft ist unterblieben, die Knebelung der Arbeiterschaft dieser Unternehmungen aber — zum Ausgleich! — verschärft. Die Löhne der Staatsarbeiter bewegen sich an der untersten Grenze und betragen im Durchschnitt 45,5 Pfennig pro Stunde; der im Jahr 1919 in Italien eingeführte Achtstundenarbeitstag, der im Jahr 1923 durch Mussolini zunächst bestätigt, aber bereits im Jahre 1926 zugunsten des Neunstundenarbeitstages wieder beseitigt wurde, existiert für die Staatsarbeiter überhaupt nicht. Deren Arbeitszeit wird von Fall zu Fall von den Regierungsorganen „unter Berücksichtigung der nationalen Notwendigkeiten“ (!) willkürlich bestimmt.

Das im früheren Italien sehr hoch entwickelte Krankenkassenwesen hat der Faschismus — gleichzeitig mit den Konsumvereinen — völlig beseitigt. Die Errichtung jedoch von Betriebs- und Gewerkschaftskrankenkassen bedarf der königlichen Genehmigung; für die Staatsarbeiter wurde diese Genehmigung bisher nicht erteilt! Die vorhandene Unfall- und Altersversicherung stammt noch aus der vorfaschistischen Zeit; sie wurde ergänzt durch eine Versicherung gegen die Tuberkulose — — —

Ueber den Werdegang der „neuen“ Gewerkschaften schrieb Mussolini selbst im „Lavoro d'Italia“ am 14. Juni 1925:

„Die Uebertritte der Massen aus den alten zu den neuen Syndikaten waren tumultuarisch wie die Massen eines Gießbaches, der sich in ein neues Strombett ergießt. Ich erkenne an, daß der rasche Niedergang der Macht der Roten in erster Linie den gewalttätigen Aktionen des Faschismus zu verdanken war, auf welche die Wortmacher jener anderen Revolution moralisch nicht vorbereitet waren.“

Richtiger und wahrheitsgemäßer wäre gewesen, wenn Mussolini bekannt hätte, daß der blutige Terror des Faschismus sich nicht nur gegen die alten „roten“, sondern in gleichem Umfange auch gegen die alten „schwarzen“ Gewerkschaften gerichtet hat; noch heute zeugen in vielen italienischen Städten die Brandruinen sozialistischer und christlicher Gewerkschaftshäuser von dem Weg des Faschismus; und nicht vergessen werden soll jene halbe Million Lire, die der Papst im Jahre 1924 den „durch die wilden und frevelhaften Verwüstungen durch den Faschismus Geschädigten“ zur Verfügung gestellt hat.

Die faschistischen Gewerkschaften — wie überhaupt das faschistische System! — sind durch Gewalt entstanden

und werden durch Gewalt zusammengeschalten: das Gesetz vom 3. April 1926 diktiert in seinem § 18:

„Die Arbeiter und Angestellten, die in der Anzahl von drei und mehr die Arbeit verlassen oder die Arbeit in einer solchen Weise fortsetzen, daß sie deren Regelmäßigkeit stören, werden mit Gefängnis von einem bis drei Monaten bestraft, die Führer aber mit Gefängnis nicht unter einem Jahr und mit einer Geldstrafe von zweitausend bis fünftausend Lire.“

Das ist das „Dritte Reich“, das Mussolini den Italienern gebracht hat und das die Hitler und Genossen — deren Beauftragter soeben von Mussolini empfangen worden ist — dem deutschen Proletariat aufzwingen wollen.

Mussolini schritt auf seinem blutigen Wege wahllos über die Gewerkschaften der sozialistischen und der christlichen Arbeiterschaft hinweg; der deutsche Faschismus wird ein gleiches tun, — wenn das Proletariat ihm gestattet, zum Zuge zu kommen: die Ueberfälle nationalsozialistischer Banden auf die Gewerkschaftshäuser der freien und der christlichen Arbeiter sprechen eine eindeutige Sprache für jeden, der den Mut hat, den Dingen, wie sie nun einmal sind, ins Angesicht zu schauen.

Kampf gegen den Faschismus! Das ist das Gebot proletarischer Selbstbehauptung. Das Beispiel Italiens, das heute schon in Deutschland seine Parallelen findet, zwingt zur Besinnung: Alle geht es an! In erster Linie aber die Arbeiterschaft der Reichs- und Staatsbetriebe. Für sie bedeutet der Sieg des Faschismus die Auslieferung der Post und der Eisenbahn an das Privatkapital, die Beseitigung der Einschränkungen der Arbeitszeit, die Aufhebung des Arbeitsschutzes, der Untergang der Krankenkassen, der Verlust der politischen Rechte.

Dr. Helmut Klotz, Berlin.

Berliner Kollegenschaft zur Notverordnung

Die Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin unseres Gesamtverbandes hatte zum 26. Juni 1931 eine außerordentliche Generalversammlung der Delegierten nach dem Gewerkschaftshaus einberufen, die sich ausschließlich mit der Notverordnung zu beschäftigen hatte. In großen Umzügen zeigte Kollege Schaum den Weg, der zu dieser Notverordnung führte, angefangen von der Drosselung der öffentlichen Anleihen durch den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bis zu den schweren Angriffen der Privatindustrie gegen die Arbeitnehmer, insbesondere aber gegen die öffentliche Wirtschaft. Diese Notverordnung ist nicht unser Werk und wir verurteilen aufs schärfste alle die Bestimmungen, die geeignet sind, die Lebenslage der breiten Massen noch weiter zu verschlechtern, insbesondere aber den mit nichts zu rechtfertigenden Eingriff in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeitnehmer. Unter allen Umständen müssen die Bestimmungen der Notverordnung, die eine Angleichung der Lohnhöhe der Gemeindefacharbeiter an die der Reichs- und Staatsarbeiter vorsehen, abgewehrt werden. Um so mehr, da durch die eventuell vorzunehmende Arbeitszeitverkürzung diese Maßnahmen sich noch schärfer auswirken. Sollte diese Notverordnung in ihrem ganzen Umfang Wirklichkeit werden, so wäre die ganze Arbeit der letzten fünf Jahre der Gewerkschaften in lohnpolitischer Beziehung verloren. Das können wir uns nicht gefallen lassen und werden unter Anwendung auch des letzten Mittels gegen diese unhaltbaren Bestimmungen ankämpfen. In diesem Sinne hat sowohl der Verbandsvorstand wie auch die vor kurzem tagende Bezirksleiterkonferenz entschieden.

Kollege Bruhn brachte in der Diskussion keine wesentlich neuen Gesichtspunkte. Kollege Simsch hält die Bestimmungen der Notverordnung für unerträglich, besonders auch deshalb, weil nachgewiesenermaßen die Produktion in den Gaswerken in den letzten Jahren andauernd gestiegen ist, während die Belegschaften vermindert wurden. Als unhaltbar bezeichnete er die Anrechnung der Renten auf die von der Stadt zu zahlenden Pensionen an Arbeiter und Angestellte. Kollege Stiehl wendet sich besonders gegen die Einseitigkeit der Notverordnung und Kollege Göhring betont mit Recht, daß diese Notverordnung auch politisch betrachtet werden muß. Es sei bedauerlich, daß das Parlament in den letzten Jahren mehr in den Hintergrund gedrängt würde. Kollege Petersen verlangt ein Kapitalfluchtgesetz, eine Erhöhung der Dividendensteuer und Heranziehung der Millionäre. Kollege Orlopp vom Verbandsvorstand wies gegenüber der Opposition darauf hin, daß wir nicht nur unsere Ketten, sondern die ganze soziale Gesetzgebung und die Errungenschaften der öffentlichen Arbeiter zu verlieren haben. Von der ersten Stunde an, nach dem Bekanntwerden

der Notverordnung hat der Verbandsvorstand in tagtäglichen Sitzungen sich mit den Angriffen auf die Arbeitnehmer, insbesondere aber auf die der öffentlichen Betriebe befaßt, vor allen Dingen herausgestellt, daß der Eingriff in das Tarifrecht unter keinen Umständen kampfflos hingenommen wird. Das setzt aber voraus, daß die Kollegen jede Uneinigkeit in ihren Reihen ausräumen und diszipliniert den Weisungen des Verbandsvorstandes und der Ortsverwaltung folgen.

Im Schlußwort wies Kollege Schaum besonders auf die Stellungnahme des Stadtkämmerers Risch hin gegen den Einbruch in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeitnehmer. Wir erwarten, daß der Oberbürgermeister Dr. Sahm die gleiche Haltung gegen diesen Angriff auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und die Lebenshaltung der Gemeindefacharbeiter einnimmt, wie er gegen die Beanstandung der Gehälter der Gemeindebeamten und Angestellten durch den Oberpräsidenten Stellung genommen hat. Eins steht fest, daß wir den ganzen Ernst der Lage überblicken und gewillt sind, entschlossen den Weg des Kampfes zu gehen, wenn nicht die Möglichkeit besteht, auf dem Verhandlungswege die Dinge in unserem Sinne noch zu ändern.

Die nachfolgende Entschließung der Ortsverwaltung wurde gegen wenige Stimmen angenommen; die vorgelegte Entschließung der Opposition abgelehnt. Ebenso abgelehnt wurde ein Zusatzantrag, im ganzen Reich zu Massendemonstrationen aufzurufen und am 1. Juli 1931, an dem Tage des Inkrafttretens der Notverordnung, einen Proteststreik zu veranstalten.

„Die außerordentliche Generalversammlung der Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin des Gesamtverbandes am 26. Juni 1931 protestiert aufs schärfste gegen die Notverordnung vom 6. Juni 1931 mit ihren sozialreaktionären Bestimmungen, insbesondere aber gegen den Einbruch in die Tarifrechte der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und gegen die erneute Gehaltskürzung der Beamten und öffentlichen Angestellten. — Die Delegierten als Spitzenfunktionäre bringen zum Ausdruck, daß die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe gewillt sind, den schärfsten Kampf gegen diesen Angriff auf ihre Existenz zu führen, um so mehr da durch die Arbeitszeitverkürzung auf 44 Stunden die Wochenverdienste bereits erheblich verkürzt sind und in keinem Verhältnis mehr stehen zu den durch die schärfste Rationalisierung erheblich gesteigerten Arbeitsleistungen. — Die Generalversammlung beauftragt die Bezirks- und Ortsverwaltung beim Verbandsvorstand dahin zu wirken, daß alle gewerkschaftlichen Mittel im Kampfe gegen die Durchführung der untragbaren Bestimmungen der Notverordnung angewandt werden.“

Im Anschluß daran wurde die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. vorgenommen. Gewählt wurden als ordentliche Delegierte die Kollegen Ortmann, Schaum und die Kollegin Kähler, als Ersatzdelegierte die Kollegen Rochowski und Böhme sowie die Kollegin Genselert.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Zum Nachdenken

In der „Gewerkschaft“ ist nun schon manche Zeile erschienen, die dazu beitragen sollte, das Interesse der Lesern zu heben, ihnen das Lesen ihrer Zeitung angenehmer zu machen. Leider muß gesagt werden, daß trotzdem unserer „Gewerkschaft“ nicht die Bedeutung beigemessen wird, die es verdient, ja der allerkleinste Lokalanzeiger wird manchmal dem Verbandsorgan vorgezogen, und das nur aus reinem Sensationshunger, aus reiner Begierde, neue Mord- und Ehebruchmeldungen, neue Unglücksfälle, neue Räubergeschichten in sich aufzunehmen. Nun ist unsere Zeitung meist das einzige Bildungsmittel für uns, und um so bebauerlicher ist doch dann die Interesselosigkeit. Man nimmt sich aber gar keine Zeit, etwas über das Allernächstliegende von Beruf und Kollegenschaft, von Kampf oder Sieg oder Niederlage zu lesen, man wählt den einfacheren, leichteren Weg: man schimpft, schimpft über seine Kollegen, seinen Verband, seine Führer und — spielt vielleicht zur Abwechslung Fußball. Damit ist aber nichts getan.

Nur in gemeinsamer Arbeit, in festgefügtter Organisation und geistig geschulter Belegschaft können wir vielen Anschlägen erfolgreich begegnen, können wir vieles Schlechte abwehren und wir können nur Zeit haben für Spiel und Sport und sonstige Erbauungen, wenn alle Berufsfragen bis ins kleinste geklärt sind, wenn wir eine gesunde Familie und eine zufriedene Häuslichkeit hinter uns wissen. Beide aber hängen wie alles weitere von einem angemessenen Einkommen ab — und das muß — erkämpft werden.

Kollegen! Nur dann, wenn wir uns restlos hineindenken in unsere Zeit, in den Zusammenhang zwischen Kapitalmacht und Arbeitskraft — nur dann hat es ja überhaupt Zweck, miteinander über wirtschaftliche Fragen zu reden und zu schreiben. Unsere Lage hat sich erheblich verschlechtert. Die Anstellungsmöglichkeiten sind in fast unerreichbare Fernen gerückt, die anhaltende Verkäufelung wird unsere Zahl im Laufe der Jahre ganz zwangsläufig vermindern, wenn nicht in unserem Fach ein neuer technischer Abschnitt beginnt; die Einführung der Lastbauzüge entzog uns jegliche Aufwandsentschädigung, obwohl die Beschäftigung außerhalb des Amtsorts und fern von unseren Wohnungen immer noch fast dieselben Ansprüche an den Geldbeutel stellt wie vorher. Durch diese Neueinführung und die dabei unberücksichtigt gebliebenen, weiterbestehenden Mehrausgaben, hätte unser Einkommen schon eine übergewaltige Einbuße erfahren; aber nein, man hat auch zu allem Ueberfluß noch einen Lohnabbau und den Wegfall der Frauenzulage durchzudrücken gewußt.

Parallel mit diesem Niedergang unserer Kaufkraft, ja mit der wachsenden Unsicherheit unserer Existenz laufen aber die Bestrebungen unserer Verwaltung, ihre Telegraphenarbeiter zu zwingen, ihren Wohnsitz in ihren Amtsort zu verlegen. In einzelnen Baubezirken ist es bereits geschehen. Die Stimmung in unseren Kollegenkreisen ist denn auch danach; überall Gereiztheit, Ueberempfindlichkeit, die sich manchmal in harten Worten Luft macht, und das ist dann der Boden, auf dem sich nationalsozialistische und kommunistische Bestrebungen breit machen — in diesen Krisenzeiten glauben sie, bei unseren Kollegen Proselyten (Neubekehrte) machen zu können.

Und gerade darauf kommt es so sehr an, Kollegen, daß keiner den Kopf verliert. Wir brauchen jeden einzelnen und jeder Kopf muß denken.

Wir sind von Feinden umgeben. Das Kapital befindet sich im Generalangriff auf unsere sozialen Rechte. Es scheut kein Mittel, uns unterzukriegen. Wir stehen im Abwehrkampf; wir wollen arbeiten und wir wollen leben. Wenn nun eine Anzahl unserer Kollegen den Kopf verliert und die Flinte ins Korn wirft, wird unser Durchhalten sehr in Frage gestellt.

Man will die Zerschlagung der Gewerkschaften, man will den Arbeiter schutz- und willenlos machen und noch mehr ausbeuten, und deshalb war ein festes Zusammenhalten noch nie notwendiger als gerade jetzt. Deshalb zeigen wir, daß wir in harten Zeiten erst recht wie ein Mann zusammenstehen.

H. Schmidt, Telegraphenbauhandwerker, Weilburg.

Kollege, warum zauderst du noch?

Der Ruf Otto Wels': „Wo bleibt der zweite Mann?“ hat trotz der ungeheuren Wirtschaftsdepression und katastrophalen Arbeitslosigkeit in den Reihen der schaffenden Arbeiterschaft ein lebhaftes Echo gefunden. Viel begeisterter würde man diesem Rufe folgen, wenn nicht heute die Sozialdemokratische Partei eine Regierung tolerieren müßte, die als Willensvollstreckerin der Unternehmerklasse sich betätigt. Seit der Septemberwahl vorigen Jahres hat sich die politische Machtstellung zuungunsten der Arbeiterschaft verschoben. Die extremen Links- und Rechtsparteien haben die Wirtschaftsdepression weidlich ausgenützt, in dem sie in demagogischer, hegerischer Agitation die Wählermassen aus den existenz- und brotlos gewordenen Massen zu sich herüberziehen konnten. Dieser Fieberzustand in Deutschland blieb nicht ohne Folgen in außenpolitischer Beziehung wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Anwachsen der Arbeitslosigkeit um fast 2 Millionen, Kündigungen der kurzfristigen Auslandsgelder, Kapitalflucht ins Ausland und die Erhöhung des Zinsfußes waren die Reaktionen der Septemberwahlen. Systematisch hat man von rechts wie auch von links die Sozialdemokratie als Sündenbock angeprangert und leider haben die politisch ungeschulten Massen diesen Lügen gar zu kritiklos Glauben geschenkt. Diese Krisenerscheinung ist nicht eine deutsche Krise, wie man es so häufig darstellt, sondern in der ganzen Welt erleben wir derartige Zustände. Unsere Kommunisten halten die Zeit für gekommen, die Weltrevolution zu inszenieren und das in allen Fugen knisternde Gebälk des Kapitalismus zum Sturz zu bringen. Leider dient ihre Taktik in Deutschland nicht der Arbeiterschaft, sondern dem Kapitalismus. Vor wenigen Tagen war es kein Gerügerer als der deutsch-nationale Abgeordnete von Oldenburg-Januschau, der im oldenburgischen Wahlkampf bekannte, daß die Kommunisten ihm bedeutend angenehmer wären als die Sozis. Warum denn wohl? Hierauf gab uns die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Organ der Deutschen Volkspartei, bereits in ihrer Nr. 56 eine charakteristische Antwort: Sie bekannte: „Die Kommunisten erfüllen im staatspolitischen Leben eine nützliche Funktion, weil sie eben verhindern, daß die Sozialdemokratie nicht zu stark wird. Sie sind im bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.“ Kommentar überflüssig!

Die irreführenden Arbeitermassen sollten dieses im Gedächtnis behalten. Zwietracht und Uneinigkeit wird heute systematisch in die Arbeitermassen hineingeträufelt, um sie reif für Gewalttätigkeiten zu machen. Dabei scheuen sich die reaktionären Parteien auch nicht, die Maske des Kommunismus als Mittel zum Zweck zu gebrauchen. Wenn heute mit Hilfe der Prätorianergarde, den Nazis, es dem Faschismus nicht gelungen ist, die Regierungsgewalt an sich zu reißen, so ist dies lediglich das Verdienst der geschickten Operation der Sozialdemokratie. Die Haltung der Sozialdemokratie ist richtig allein aus dem Grunde, Volk und Arbeiterschaft vor dem Faschismus zu retten. Damit ist die Sozialdemokratie bis zur Grenze der Selbstaufopferung gegangen. Der Ausfall der Septemberwahl stellte die Partei zwangsläufig vor die Entscheidung. Entweder Tolerierung Brüning oder aber den Nationalsozialisten den Weg in die Regierung bahnen. Wäre letzteres gemacht worden, so gäbe es heute wahrscheinlich keine Partei und Gewerkschaft mehr. Schutz- und rechtlos würde die deutsche Arbeiterklasse ähnlich wie die italienische Arbeiterschaft unter der blutigen Knute eines Diktators hinvegetieren müssen. Die augenblickliche Prozedur hindert uns stark in unserer Werbetätigkeit, gibt aber keinen Grund zu verzagen und die Flinte nun ins Korn zu werfen. Gerade jetzt haben wir zu werden und zu sammeln, unsere Reihen zu stärken, um bei der nächsten stattfindenden Entscheidungsschlacht das verlorenere Terrain wiederzugewinnen. Nehmen wir uns unsere Dazkriegskämpfer zum Vorbild, die trotz Rückschläge, Schikanierung und Sozialistengesetz niemals den Glauben aufgaben an der hohen und hehren Idee des völkerbefreienden Sozialismus. Kein Kampf ist ohne Opfer, stets aber wird ein rechter Kämpfer allzeit bereit sein, materiell und ideell Opfer zu bringen, um das Los der Gesamtarbeiterschaft erträglicher zu gestalten. Kollege, auch du wirst gerufen, dich in unsere Front einzugliedern. Werde nicht nur gewerkschaftlicher Kämpfer, sondern auch Sozialist!

W. Haß, Wefermünde.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Ein erster Erfolg. Verhandlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit der Regierung wegen Aenderung der Notverordnung vom 5. Juni hatten den Erfolg, daß die jugendlichen Arbeiter in der Arbeitslosenversicherung verbleiben, jedoch unterliegen sie der Bedürftigkeitsprüfung.

Zweimäßigen Abänderungen der Notverordnung soll kein Hindernis in den Weg gestellt werden, erklärte im Namen des Reichstagslers der Staatssekretär Dr. Bänder auf ein diesbezügliches Schreiben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Ein Kredit von 100 Millionen Dollar ist der deutschen Reichsbank durch eine Stützungsaktion zur Verfügung gestellt, an der sich die Bank von England, die von Frankreich, die Federal Reserve-Bank in New York und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu gleichen Anteilen beteiligen. Dadurch erscheint der erhebliche Bedarf der Reichsbank zum jetzigen Ultimo gesichert.

Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich sind auf den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover eines Zahlungsaufschubes für Deutschland ausgenommen. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor, doch setzen sich die Vertreter Amerikas energisch weiter für die Durchführung des Vorschlages ein.

Der Anschluß an Preußen wurde im Landtag von Mecklenburg-Strelitz abgelehnt. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.

Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bod, ein bekannter Führer der Sozialdemokratischen Partei aus der ältesten Generation, ist im Erholungsheim des „Gesamt-Verbandes“ in Bad Sulzbach, fast 86 Jahre alt, einem Schlaganfall erlegen.

Gegen Hitlers Staatschef, Hauptmann Röhm, hat die Staatsanwaltschaft in München ein Verfahren wegen Vergehen gegen § 175 des Strafgesetzes eingeleitet.

Aus unserer Bewegung

Leipzig. Im Jahre 1930 war das Ergebnis der Betriebsräte-wahlen nicht befriedigend. Vor allem in den privaten Betrieben des Handels- und Transportgewerbes ließ das Ergebnis zu wünschen übrig. Dort sind Umstände vorhanden, die der Durchführung der Wahlen hinderlich sind. Kleinbetriebe, Passivität der Angestellten, Beeinflussung durch den Unternehmer, Arbeiter als Minderheit nicht wahlberechtigt, das sind einige dieser Umstände. Um so erfreulicher ist es jetzt feststellen zu können, daß das dies-jährige Wahlergebnis besser ist. Betriebsvertretungen wurden gewählt:

		Zahl der Betriebe	
		1931	1930
in privaten	Handelsbetrieben	57	53
	Transportbetrieben	20	13
	Verkehrsbetrieben	—	—
	verschiedenen Betrieben	7	3
	Industriebetrieben	7	—
in Reichsbetrieben		50	62
in Staatsbetrieben	15		
in gemischtwirtschaftlichen Betrieben		2	—
in	GEW-Merken	7	48
Gemeinde-	Anstaltsbetrieben	7	
	Kämmereibetrieben	27	
in sonstigen Betrieben		2	—
Zusammen:		201	179

Die geringere Zahl der erfaßten Gemeindebetriebe gegenüber 1930 beruht auf Zusammenlegung mehrerer Betriebe. Die Industriebetriebe mit großen Handelsabteilungen sind 1930 unter den Handelsbetrieben gezählt. Insgesamt wurden in den erfaßten Betrieben 673 Betriebsvertretungsmitglieder der Arbeiter und 298 der Angestellten gewählt. Die letztere Zahl ist nicht vollständig. Auf die Organisationen verteilen sich die Betriebsvertretungsmitglieder der Arbeiter wie folgt:

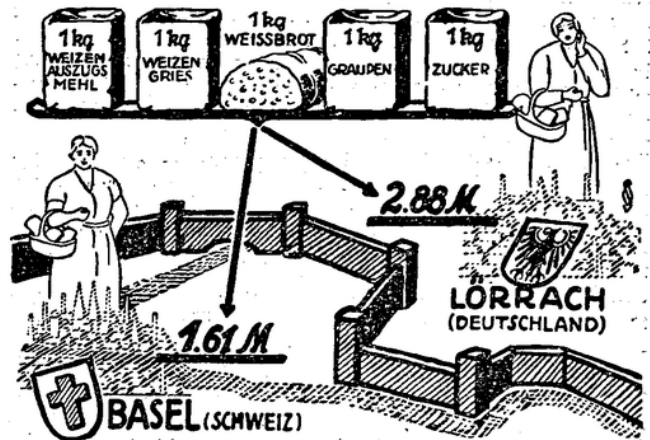
	1931	1930
Mitglieder des Gesamt-Verbandes	502	494
Mitglieder freier Gewerkschaften	108	80
Mitglieder christlich-nationaler Gewerkschaften	7	23
Mitglieder kirchlich-Dunkerscher Gewerkschaften	1	
Mitglieder der RGO	42	
Mitglieder geistl. und wirtsch. friedl. Verbände	4	
Unorganisierte	9	—
Zusammen:	673	597

Die Zunahme der RGO-Betriebsräte ist nur eine scheinbare. Im Vorjahre rangierten schon eine Anzahl Kommunisten auf den freigewerkschaftlichen Listen, die nun in diesem Jahre die Schwenkung endgültig vollzogen. In der Hauptsache sind die RGO-Mitglieder im Bereiche der Reichspost (16), bei der Straßenbahn (9) und in städtischen Kämmereibetrieben (12) gewählt. Im Verhältnis zu den freigewerkschaftlichen Betriebsvertretungsmitgliedern ist die Zahl der RGO-Anhänger nur 7 Proz. Also eine Tatsache, die zu keinerlei Freudengeschrei auf jener Seite Anlaß geben könnte. Beachtlich ist dabei, daß trotz alledem die Belegschaften und Betriebsvertretungen fest in der Hand des Gesamt-Verbandes sind, der sich von der Führung der Belegschaften nicht verdrängen läßt.

RUNDSCHAU

Vortragskursus über Arbeits- und Gewerbehygiene in Bonn. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltet vom 1. bis 4. Juli in Bonn einen allgemeinen Vortragskursus über neuere Fragen der Arbeits- und Gewerbehygiene. Die Vorträge behandeln u. a. allgemeine Grundsätze und neuere Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Gewerbehygiene, Arbeitsphysiologie und Unfallverhütung, Fragen der gewerblichen Gifte und des gewerblichen Staubes, Aufgaben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf gewerbehygienischem Gebiet, Bürohygiene usw. Mit dem Kursus sind Besichtigungen gewerblicher Betriebe verbunden. Der Kursus wendet sich an alle Kreise, die in Wissenschaft und Praxis an Fragen des gesundheitlichen Arbeitsschutzes interessiert sind. — Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Gleiche Ware in zwei Ländern zu zwei Preisen. Zwei Frauen wohnen nahe beieinander, sind aber durch die Reichsgrenze getrennt. Frau A. aus Lorrach gehört zu Deutschland, während Frau B. Staatsbürgerin der freien Schweiz ist. Beide Frauen kaufen für ihren Haushalt die gleiche Ware, in gleicher Menge und Qualität, zu gleichen Einkaufsbedingungen, jede in ihrer Stadt.



Wie sie aber dann ihre Preiszettel austauschen, muß die deutsche Frau betrübt feststellen, daß man ihr 1,27 Mk. mehr abgenommen hat. Und dabei handelt es sich um die notwendigsten Lebensmittel. Der Preisvergleich sieht so aus:

	Preise in Basel Preise in Lorrach	
	in Mark	
1 Kilogramm Weizenauszugmehl	0,34	0,60
1 Kilogramm Weizengrieß	0,34	0,62
1 Kilogramm Weißbrot	0,32	0,46
1 Kilogramm Graupen	0,34	0,56
1 Kilogramm Zucker	0,27	0,54
	1,61	2,88

Wie billig kann doch die Frau aus Basel einkaufen! Dabei wird immer davon gesprochen, daß in der Schweiz das Leben teurer ist als bei uns in Deutschland. Warum muß Frau A. aus Lorrach die Ware um 78 Proz. höher einkaufen? Ein kleines, ein bescheidenes Beispiel, das die Ausräuberung der Ärmsten durch die Schutzpolitik beleuchtet. Geschützt wird der Großagrarter ohne jede Rücksicht auf das in den Zeiten des Lohnabbaues und der Arbeitslosigkeit stark geschwächte Einkommen der breiten Masse. Die Frau mit dem Einkaufskorb, die Derwallerin des Kostgeldes, hat die Folgen dieser Raubpolitik am ersten zu spüren. Ein kleines, bescheidenes Beispiel für die Aufklärung der Hausfrauen.